



## **Flächennutzungsplan der VVG Crailsheim, Änderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“, Frankenhardt, Billigung des FNP-Entwurfs, Auslegungsbeschluss**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Beratungsfolge</b>	<b>Status</b>
Bau- und Sozialausschuss	05.03.2024	Vorberatung	öffentlich
Gemeinderat	13.03.2024	Entscheidung	öffentlich

### **Anlagen**

### **Weitere beteiligte Ressorts**

Sitzungsvorlage für die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses am 17.04.2024

### **I. Beschlussvorschlag**

Die Vertreter\*innen des Gemeinderates im Gemeinsamen Ausschuss werden ermächtigt, der beiliegenden Sitzungsvorlage (2024/064) für die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Crailsheim am 17.04.2024 zuzustimmen.

### **II. Sachverhalt und Begründung**

Hinsichtlich der Schilderung des Sachverhalts und der Darstellung der Begründung wird auf die als Anlage beigefügte Sitzungsvorlage zur Flächennutzungsplanänderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ verwiesen.

### **III. Empfehlung und Ziel der Verwaltung**

Der Flächennutzungsplan verfolgt die Zielsetzung, die städtebauliche Entwicklung im gesamten Verwaltungsraum auf einer übergeordneten Ebene zu steuern.



## **Flächennutzungsplan der VVG Crailsheim, Änderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“, Frankenhardt, Billigung des FNP-Entwurfs, Auslegungsbeschluss**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Beratungsfolge</b>	<b>Status</b>
Gemeinsamer Ausschuss der Vereinten Verwaltungsgemeinschaft Crailsheim	17.04.2024	Entscheidung	öffentlich

### **Anlagen**

### **Weitere beteiligte Ressorts**

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen vom 02.02.2024

Planteil vom 02.02.2024

Begründung vom 02.02.2024

Umweltbericht vom 02.02.2024

Relevanzeinschätzung vom 23.02.2023

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vom 17.11.2023

### **I. Beschlussvorschlag**

1. Der Gemeinsame Ausschuss beschließt, die vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend den Behandlungsvorschlägen der Verwaltung vom 02.02.2024 zu werten.
2. Der Gemeinsame Ausschuss beschließt den geänderten Abgrenzungsbereich entsprechend dem Planteil vom 02.02.2024.
3. Der Gemeinsame Ausschuss billigt den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ entsprechend dem Planteil, der Begründung und dem Umweltbericht, jeweils vom 02.02.2024.

### **II. Sachverhalt und Begründung**

Der Gemeinsame Ausschuss der VVG Crailsheim hat in seiner Sitzung am 22.03.2023 den Aufstellungsbeschluss zur Flächennutzungsplanänderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ gefasst (Sitzungsvorlage 2023/032).



Die öffentliche Auslegung wurde vom 11.04.2023 bis 12.05.2023 in den Rathäusern von Crailsheim, Frankenhardt, Satteldorf und Stimpfach durchgeführt. Von Seiten der Bürgerschaft wurden keine Stellungnahmen vorgebracht. Die Träger öffentlicher Belange wurden am 06.04.2023 zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert. Die vorgebrachten Hinweise sind mit den jeweiligen Behandlungsvorschlägen als Anlage beigelegt.

Die betreffende Fläche ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der VVG Crailsheim als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung folgt die Umwandlung in eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“. Die Flächennutzungsplanänderung erfolgt gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren. Mit der Flächennutzungsplanänderung und dem dazugehörigen Bebauungsplan werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Freiflächenphotovoltaikanlage geschaffen.

Angesichts des Erfordernisses zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie dem vermehrten Interesse von der Investorensseite hat die Gemeinde Frankenhardt im Jahr 2021 einen Kriterienkatalog zur „Standortsuche Freiflächenphotovoltaik Frankenhardt“ verabschiedet, um die Entwicklung solcher Anlagen im Gemeindegebiet insgesamt zu steuern. Im Anschluss konnten Anträge für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen gestellt werden. Von den eingegangenen Anträgen wurde das vorliegende Vorhaben „Messerschmidt“ vom Gemeinderat positiv beschieden und zur Umsetzung ausgewählt, da dieses nach Lage und grundsätzlichem Konzept die Vorgaben des Kriterienkatalogs erfüllt. Eine Einspeisezusage für das Vorhaben liegt vor.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ wurde mit Konkretisierung der Planung überarbeitet. Die ursprünglich in das Verfahren eingebrachte Fläche wurde an den Verlauf der Hochspannungsfreileitung angepasst. Der Planteil zur Flächennutzungsplanänderung wurde entsprechend den Bebauungsplanunterlagen überarbeitet.

Der Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ der Gemeinde Frankenhardt wurde am 10.10.2022 gefasst.

Die Planung ist nunmehr soweit fortgeschritten, dass ein Auslegungsbeschluss gefasst werden kann. Die Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist durchzuführen, die Öffentlichkeit ist zu beteiligen.

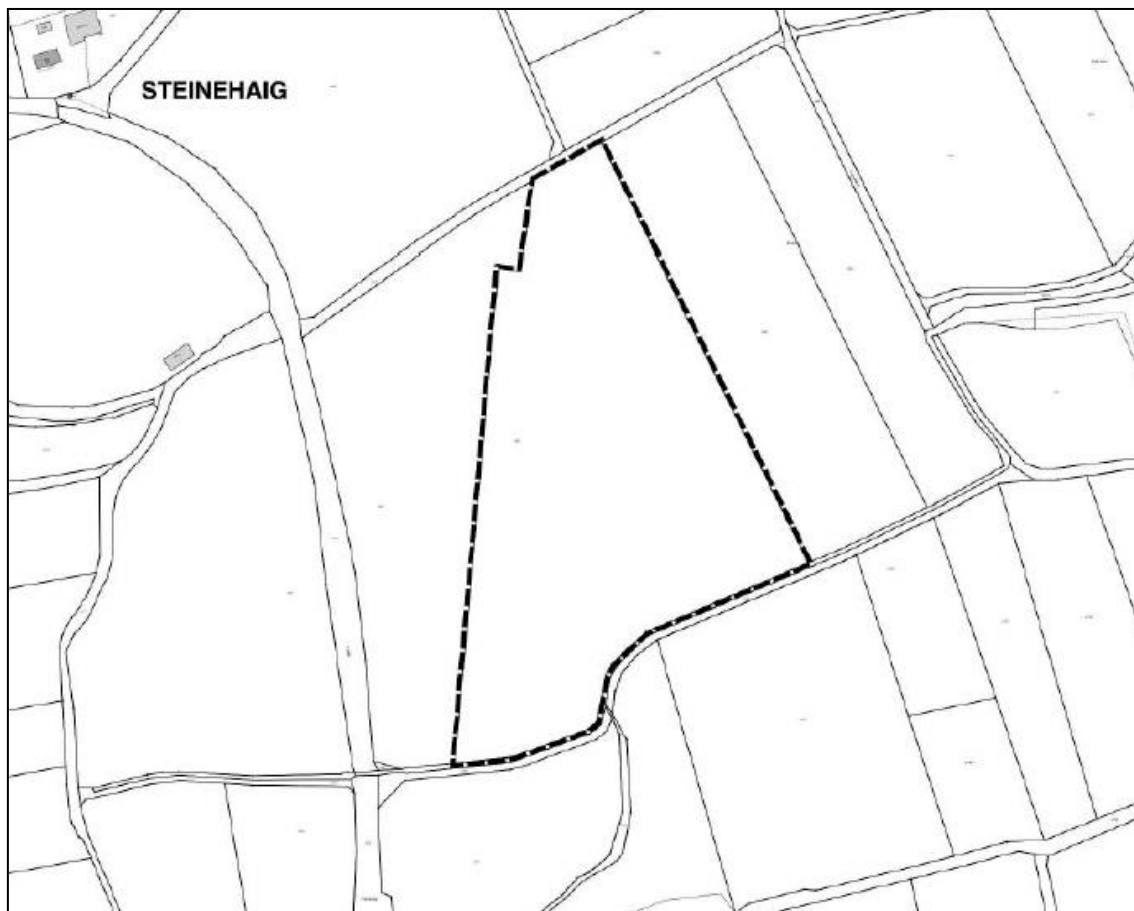


Abbildung 1: Lage des Plangebiets, unmaßstäblich

### III. Empfehlung und Ziel der Verwaltung

Die Flächennutzungsplanung verfolgt die Zielsetzung, die städtebauliche Entwicklung im gesamten Verwaltungsraum auf einer übergeordneten Ebene zu steuern.

# FNP-Änderung „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ Nr. J-2022-3F

## Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen

Stand: Behördenbeteiligung (Anschreiben vom 06.04.2023, Frist bis 12.05.2023)

	<b>Träger öffentlicher Belange</b>	Stellung. vom	Hinweise
<b>01</b>	Regierungspräsidium Stuttgart Referat 21	10.05.2023	<b>Hinweis</b>
<b>02</b>	Regierungspräsidium Stuttgart Straßenwesen und Verkehr	09.05.2023	<b>nein</b>
<b>03</b>	Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Abteilung 9 Geologie	09.05.2023	<b>Hinweis</b>
<b>04</b>	Regierungspräsidium Freiburg Abteilung 8 Forst	12.05.2023	<b>nein</b>
<b>05</b>	Regionalverband Heilbronn-Franken	08.05.2023	<b>Hinweis</b>
<b>06</b>	Landratsamt Schwäbisch Hall Bau- und Umweltamt	25.05.2023	<b>Hinweis</b>
<b>07</b>	Netze BW GmbH	11.04.2023 u. 13.04.2023	<b>Hinweis</b>
<b>08</b>	Netzgesellschaft Ostwürttemberg DonauRies GmbH		
<b>09</b>	Zweckverband Wasserversorgung Jagstgruppe	14.04.2023	<b>nein</b>
<b>10</b>	Zweckverband Nordostwasserversorgung Crailsheim	14.04.2023	<b>nein</b>
<b>11</b>	terranets bw GmbH	06.04.2023	<b>nein</b>
<b>12</b>	Bundesnetzagentur		
<b>13</b>	Deutsche Telekom Technik GmbH	10.05.2023	<b>Hinweis</b>
<b>14</b>	unitymedia Kabel BW	27.04.2023	<b>nein</b>
<b>15</b>	Gemeindeverwaltung Kreßberg	27.04.2023	<b>nein</b>
<b>16</b>	Gemeindeverwaltung Fichtenau		
<b>17</b>	Gemeindeverwaltung Obersontheim	21.04.2023	<b>nein</b>
<b>18</b>	Gemeindeverwaltung Jagstzell	13.04.2023	<b>nein</b>
<b>19</b>	Gemeindeverwaltung Wallhausen		
<b>20</b>	Gemeindeverwaltung Bühlertann		
<b>21</b>	Gemeindeverwaltung Schnelldorf	26.04.2023	<b>nein</b>
<b>22</b>	Stadtverwaltung Ilshofen		
<b>23</b>	Stadtverwaltung Kirchberg/Jagst	13.04.2023	<b>nein</b>
<b>24</b>	Stadtverwaltung Vellberg		
<b>25</b>	Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Ellwangen Bürgermeisteramt Ellwangen	11.05.2023	<b>nein</b>
<b>26</b>	Gemeindeverwaltungsverband Oberes Bühlertal Bürgermeisteramt Bühlerzell		
<b>27</b>	Gemeindeverwaltungsverband Ilshofen-Vellberg Bürgermeisteramt Ilshofen		
<b>28</b>	Gemeindeverwaltungsverband Brettach/Jagst Bürgermeisteramt Rot am See	28.04.2023	<b>nein</b>
<b>29</b>	Gemeindeverwaltungsverband Fichtenau Bürgermeisteramt Fichtenau		
<b>30</b>	Transnet BW	09.05.2023	<b>Hinweis</b>

**kWB=keine weitere Beteiligung erforderlich**

Öffentliche Auslegung vom 11.04.2023 bis 12.05.2023

**Es wurden keine Stellungnahmen von Seiten der Bürgerschaft vorgebracht.**

### 1.1 Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Wirtschaft und Infrastruktur

Stellungnahme vom 10.05.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p><b>Raumordnung</b></p> <p>Durch das Plangebiet verläuft eine Trasse für Hochspannungsfreileitung (Vorranggebiet). Nach Plansatz 4.2.2.3 Abs. 2 (Z) des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 sind „in Betrieb befindliche und in der Raumnutzungskarte 1: 50.000 festgelegte leitungsgebundene Trassen der Energieversorgung mit regionaler und überregionaler Bedeutung [...] von anderen beeinträchtigenden Nutzungen freizuhalten.“ Zur Vermeidung eines Zielverstoßes empfehlen eine Abstimmung mit dem Leitungsträger hinsichtlich der Vereinbarkeit der Leitungstrasse mit dem geplanten Vorhaben.</p> <p>Wir weisen daneben darauf hin, dass das Plangebiet in einem Vorbehaltsgebiet für Erholung nach PS 3.2.6.1 Abs. 4 (G) Regionalplan Heilbronn-Franken 2020 liegt. Vorbehaltsgebiete sind als Grundsätze, nicht als Ziele der Raumordnung zu werten (BVerwG, Beschl. v.15.06.2009, 4 BN 10 09), sodass Vorbehaltsgebiete der Planung nicht grundsätzlich entgegenstehen, jedoch in der Abwägung zu berücksichtigen sind.</p> <p>Insgesamt werden zum derzeitigen Planungsstand keine grundsätzlichen Bedenken geäußert.</p> <p>Allgemein weisen wir auf Folgendes hin:</p> <p>Neben § 1 Abs. 3, Abs. 5 und § 1a Abs. 2 BauGB ist aus raumordnerischer Sicht insbesondere auf § 1 Abs. 4 BauGB bzw. § 4 Abs. 1 ROG hinzuweisen. Danach sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, wie in der Regel Bauleitplänen, die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze der Raumordnung im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen.</p> <p>Insoweit ist Augenmerk auf den seit Ende 2021 gültigen Bundesraumordnungsplan Hochwasser, den Landesentwicklungsplan 2002 und den Regionalplan zu legen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung wurden überarbeitet und an den Verlauf der Hochspannungsfreileitung angepasst. Auf Punkt 1.2 <i>Verbindliche Bauleitplanung</i>, Unterpunkt <i>Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes</i> der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung wird verwiesen. Ferner wurde die Stellungnahme an die Gemeinde Frankenhardt zur Beachtung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung weitergeleitet.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Auf Punkt 1.4 <i>Raumordnerische und städtebauliche Rahmendaten</i> der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ wird verwiesen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>Insbesondere im Hinblick auf die erstgenannte Rechtsverordnung weisen wir auf die erheblichen Prüfpflichten (Ziel der Raumordnung) – insbesondere Starkregenereignisse betreffend – und die dort genannten Grundsätze, die bei der Abwägung zu berücksichtigen sind, hin.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wurde an die Gemeinde Frankenhardt zur Beachtung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung weitergeleitet.</p> <p>Der Seelesbach verläuft südlich, außerhalb, des Plangebiets. Das Plangebiet wird weder von einem 100-jährigen noch einem extremen Hochwasserereignis tangiert, sodass von keinen negativen Auswirkungen der Planung auf das Gewässer auszugehen ist. Ferner wurde auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung ein 10,0 m breiter Gewässerrandstreifen im Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ festgesetzt.</p>
<p><b>Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz</b></p> <p>(1) Nach § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch sollen die Bauleitpläne insbesondere dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Nach § 1a Absatz 5 Baugesetzbuch soll bei der Aufstellung der Bauleitpläne den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.</p> <p>(2) Nach § 22 Nr. 2 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.</p> <p>(3) Unter Berücksichtigung der internationalen, europäischen und nationalen Klimaziele und -maßnahmen wird gemäß § 10 Abs. 1 KlimaG BW die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 zur Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 schrittweise verringert. Bis zum Jahr 2030 erfolgt eine Minderung um mindestens 65 Prozent.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Ziel der Flächennutzungsplanänderung sowie des dazugehörigen vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Freiflächenphotovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu schaffen. Damit kann ein Beitrag zur Energiewende in Deutschland geleistet werden.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nach § 10 Abs. 2 i.V.m. Anlage 1 KlimaG BW wird zur Erreichung des Klimaschutzziels für das Jahr 2030 für den Sektor Energiewirtschaft ein Minderungsziel von 75 % im Vergleich zu den Treibhausgasemissionen des Jahres 1990 festgelegt.

(4) Bei dem Schutz des Klimas soll nach § 3 Abs. 1 KlimaG BW folgende Rangfolge in absteigender Reihe eingehalten werden:

1. Vermeiden von Treibhausgasemissionen,
2. Verringern von Treibhausgasemissionen und
3. Versenken nicht oder mit verhältnismäßigem Aufwand nicht zu vermeidender oder zu verringernder Treibhausgase.

Auch geringen Beiträgen zum Klimaschutz kommt Bedeutung zu. Maßgeblich müssen die Bereiche Energie, Mobilität, Produktion und Konsum, Beschäftigung sowie Bauen zum Klimaschutz beitragen. Insbesondere bei energiebedingten Treibhausgasemissionen sollen das Vermeiden und Verringern der Emissionen in erster Linie durch Einsparung sowie effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie durch den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien erreicht werde

(4) Die Lücke zwischen der voraussichtlich in Zukunft benötigten Strommenge und der mit der heute installierten Leistung von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielbaren Strommenge ist so groß, dass jede neue Anlage benötigt wird, um diese Lücke zu verkleinern. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die Zubauentwicklung der vergangenen Jahre. Zusätzlich kommt es zum Erreichen der Klimaschutzziele auf internationaler und nationaler Ebene sowie auf Landesebene außerdem auch darauf an, die Treibhausgasemissionen so früh wie möglich zu vermindern, da die kumulierte Menge der klimawirksamen Emissionen entscheidend für die Erderwärmung ist.

Wird zur Kenntnis genommen.

Wird zur Kenntnis genommen.

Wird zur Kenntnis genommen.

Wird zur Kenntnis genommen.



<p>(5) Dem Ausbau der Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen kommt neben dem Ausbau der Windkraft eine bedeutsame Rolle zur Erreichung der Klimaschutzziele zu. Der Großteil des erforderlichen Zubaus soll dabei durch Photovoltaikanlagen an Gebäuden erzeugt werden. Freiflächenanlagen spielen jedoch eine wichtige ergänzende Rolle.</p> <p>(6) Die photovoltaische Stromerzeugung erfolgt sehr emissionsarm. Unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus (Errichtung, Betrieb, Abbau) führt die Photovoltaiknutzung zu einer Treibhausgasminderung in einer Größenordnung von rund 685 g CO<sub>2</sub>-Äquivalent je erzeugter Kilowattstunde Strom<sup>1</sup>.</p> <p>(7) Mit der Planung einer Sonderbaufläche bzw. eines Sondergebiets mit einer Größe von ca. 5,0 ha soll die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage ermöglicht werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz. Aus Sicht des Klimaschutzes ist die Planung daher zu befürworten. Es wird gebeten, die Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz über das Ergebnis des Verfahrens zeitnah zu informieren.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung wurden überarbeitet und an den Verlauf der Hochspannungsfreileitung angepasst. Damit vergrößert sich das Plangebiet von vormals ca. 5,0 ha auf 6,0 ha. Auf Punkt 1.2 <i>Verbindliche Bauleitplanung</i>, Unterpunkt <i>Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes</i> der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung wird verwiesen.</p>
<p><b>Umwelt</b> <u>Naturschutz</u></p> <p>Naturschutzgebiete, Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund sowie Flächen des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg sind vom Vorhaben nicht betroffen.</p> <p>Eine Betroffenheit streng geschützter Arten kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, da diesbezüglich noch keine Gutachten vorliegen. Es wird deshalb die spätere Beurteilung der unteren Naturschutzbehörde, bzw. ein entsprechender Antrag des Vorhabenträgers abgewartet, bevor im Rahmen einer erneuten angemessenen Fristsetzung ggf. eine fachliche Stellungnahme erfolgt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Ein Artenschutzgutachten wurde im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung erstellt. Im Ergebnis konnte keine Betroffenheit von geschützten Arten ermittelt werden. Auf Punkt 5.1 <i>Belange der Schutzgüter „Tiere und Pflanzen“</i> der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung sowie den Fachbeitrag Artenschutz zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung des Büros Dr. Andreas Schuler - Büro für Landschaftsplanung und Artenschutz vom 17.11.2023 wird verwiesen.</p>

<p>Die weitere naturschutzfachliche Beurteilung sowie die artenschutzrechtliche Prüfung (ggf. inkl. der CEF-Maßnahmen) gem. §§ 44 ff. BNatSchG obliegen grundsätzlich zunächst der unteren Naturschutzbehörde. Nur dann, wenn für streng geschützte Tier- und Pflanzenarten eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder eine Befreiung nach § 67 BNatSchG erforderlich ist, bedarf es eines Antrags an das Regierungspräsidium (Referat 55). Gleiches gilt, wenn es für streng geschützte sowie für nicht streng geschützte Arten zusammen einer Ausnahme oder Befreiung bedarf.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine CEF-Maßnahmen erforderlich. Ferner wurde die untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Schwäbisch Hall am Verfahren beteiligt.</p>
<p><u>Ergänzende Hinweise:</u> Wenn Festsetzungen eines Flächennutzungsplans (FNP) mit den Regelungen einer naturschutz- bzw. artenschutzrechtlichen Verbotregelung nicht zu vereinbaren sind, ist der FNP mangels Erforderlichkeit dann unwirksam, wenn sich die entgegenstehenden naturschutz- bzw. artenschutzrechtlichen Regelungen als dauerhaftes rechtliches Hindernis erweisen. Wirksam ist der FNP hingegen, wenn für die geplante bauliche Nutzung die Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung von diesen Bestimmungen rechtlich möglich ist, weil objektiv eine Ausnahme- oder Befreiungslage gegeben ist und einer Überwindung der artenschutzrechtlichen Verbotregelung auch sonst nichts entgegensteht.</p> <p>Bezüglich der Ausgestaltung der geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden folgende naturschutzfachliche Empfehlungen gegeben (siehe auch MLUK (2021)<sup>2</sup>):</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• beim Bau der Anlagen sollten Brut- und Wanderungszeiten standortspezifischer Arten (Vögel, Reptilien) berücksichtigt werden. Eine Erhebung des Arteninventars sowie eine Abschätzung der sich einstellenden Arten vor Bauausführung ist erforderlich.</li><li>• Es sollten Querungshilfen bzw. Migrationskorridore für Großsäuger bei großen Anlagen ab einer Länge von 500 m berücksichtigt werden. Insbesondere im Hinblick auf Betroffenheit von Achsen des Generalwildwegeplans.</li></ul>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Dauerhafte rechtliche Hindernisse liegen im Fall „Messerschmidt“ nicht vor.</p> <p>Die Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen. Ferner wurden die Empfehlungen an die Gemeinde Frankenhardt, zur Berücksichtigung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung, weitergegeben.</p>

- Die Einzäunung der Anlage sollte so gestaltet werden, dass sie für Kleinsäuger (z.B. Kleintierdurchlässe mind. 10-20 cm Abstand zum Boden) und Amphibien keine Barrierewirkung entfaltet. Dies kann durch einen angemessenen Bodenabstand des Zaunes oder ausreichende Maschengrößen im bodennahen Bereich gewährleistet werden. Der Einsatz von Stacheldraht ist insbesondere im bodennahen Bereich zu vermeiden.
- Die Baumaßnahmen sind flächensparend, bodenschonend standort- und witterungsabhängig auszuführen. Einwirkungen auf den Boden Beeinträchtigungen seiner Funktionen bspw. durch den Einsatz zu schwerer Baufahrzeuge beim Materialtransport sollen damit vermieden bzw. minimiert werden. Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung sind dabei auf das notwendige Maß zu begrenzen. Der Versiegelungsgrad sollte auf maximal 5% begrenzt werden.
- Randflächen innerhalb der Zäunung von mindestens 3 m sollen belassen werden (Brachen mit hohem fachlichen Wert für Vögel und Insekten). Auch außerhalb der Zäunung sollte ein Grünkorridor (Ackerrandstreifen, Brache, Hecke) vorgesehen werden.
- Die Module sollten mit einer ARC-Beschichtung (Anti-Reflex-Coating) versehen werden um auftretende Blendeffekte für Verkehrsteilnehmer und/oder die Tierwelt zu vermindern.
- Die extensive Bewirtschaftung der PV-Freiflächenanlage sollte durch Beweidung mit Schafen oder Mahd erfolgen (keine Mähroboter). Der Mahdzeitpunkt soll dem vorhandenen Vogel- und Insektenartenspektrum angepasst sein (Mähinseln, Mahdgänge, Mährhythmus).
- Soweit auf den Flächen neben den PV Anlagen eine agrarische Weiternutzungsmöglichkeit (z.B. Beweidung) bestehen soll, ist dies bei der Konstruktion der Anlagen (Aufständigung, Verkabelung) zu berücksichtigen.

Die Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen. Ferner wurden die Empfehlungen an die Gemeinde Frankenhardt, zur Berücksichtigung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung, weitergegeben.

### 3.1 Regierungspräsidium Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Stellungnahme vom 09.05.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p><b>Geotechnik</b></p> <p>Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können unter <a href="http://maps.lgrb-bw.de/">http://maps.lgrb-bw.de/</a> abgerufen werden.</p> <p>Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z. B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - für Kommunen und alle übrigen Träger öffentlicher Belange gebührenfreier - Registrierung, unter <a href="http://geogefahren.lgrb-bw.de/">http://geogefahren.lgrb-bw.de/</a> abgerufen werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b>Boden</b></p> <p>Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können unter <a href="https://maps.lgrb-bw.de/">https://maps.lgrb-bw.de/</a> in Form der BK50 abgerufen werden.</p> <p>Generell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Abs. 1 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die bevorzugte Inanspruchnahme von weniger wertvollen Böden. Ergänzend dazu sollten Moore und Anmoore (u. a. als klimarelevante Kohlenstoffspeicher) sowie andere Böden mit besonderer Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vgl. LGRBwissen, Bodenbewertung – Archivfunktion, <a href="https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/">https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/</a>) bei Planungsvorhaben aufgrund ihrer besonderen Schutzwürdigkeit möglichst nicht in Anspruch genommen werden.</p> <p>Bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

**Grundwasser**

Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange von Seiten der Landeshydrogeologie und –geothermie (Referat 94) keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder hydrogeologischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.

Im Bereich des Planungsvorhabens ist zementangreifendes Grundwasser aufgrund sulfathaltiger Gesteine nicht auszuschließen.

Aktuell findet im Plangebiet keine hydrogeologische Bearbeitung des LGRB statt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

## 5.1 Regionalverband Heilbronn-Franken

Stellungnahme vom 08.05.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p>Durch die Planung werden regionalplanerische Zielfestlegungen berührt.</p> <p>Über die Vorhabensfläche verläuft gemäß Raumnutzungskarte eine Hochspannungsfreileitung. Leitungsgebundene Trassen der Energieversorgung sind lt. Plansatz 4.2.2.3 als Ziele der Raumordnung festgelegt. Sie sind von anderen beeinträchtigenden Nutzungen freizuhalten. Es ist daher ein Unbedenklichkeitsnachweis des Leitungsbetreibers erforderlich.</p> <p>Darüber hinaus liegt das Plangebiet in einem als Grundsatz der Raumordnung festgelegten Vorbehaltsgebiet für Erholung nach Plansatz 3.2.6.1. Den dort festgelegten Belangen ist in der Abwägung ein besonderes Gewicht beizumessen.</p> <p>Es ist ein Parallelverfahren vorgesehen. Der Entwurf eines Bebauungsplans liegt uns derzeit noch nicht vor.</p> <p>Abschließend weisen wir darauf hin, dass am 21.10.2022 im Rahmen der regionalen Planungsoffensive zum Ausbau erneuerbarer Energien vom Planungsausschuss des Regionalverbandes Heilbronn-Franken der Aufstellungsbeschluss für seine Teilfortschreibung Solarenergie gefasst wurde. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die vorliegende Aufstellung eines Bebauungsplans für eine Freiflächenphotovoltaikanlage ausdrücklich als wichtigen Schritt hin zu einer klimaneutralen, wirtschaftlich unabhängigen und sicheren Energieversorgung der Region. Die Gemeinde Frankenhardt stellt sich damit der Herausforderung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung und trägt ihren Beitrag zum Erreichen der Ausbauziele bei. Im Rahmen der laufenden Teilfortschreibung wird der Regionalverband geeignete kommunale Planungen, wie die vorliegende, prüfen und ggf. in die regionale Flächenkulisse aufnehmen um sie regionalplanerisch zu sichern.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung wurden überarbeitet und an den Verlauf der Hochspannungsfreileitung angepasst. Auf Punkt 1.2 <i>Verbindliche Bauleitplanung</i>, Unterpunkt <i>Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes</i> der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung wird verwiesen. Ferner wurde die Stellungnahme an die Gemeinde Frankenhardt zur Beachtung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung weitergeleitet. Der Leitungsträger, die Transnet BW GmbH, wurde am Verfahren beteiligt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Auf Punkt 1.4 <i>Raumordnerische und städtebauliche Rahmendaten</i> der Begründung zur „Flächennutzungsplanänderung Messerschmidt“ wird verwiesen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

- Hinweis: Ab Ende Mai 2023 gibt es eine Abfrage für Solarenergie-Projekte in der Region, um das Flächenziel von 0,2 % der Regionsfläche aus dem KlimaG zu erreichen. Kommunen und bei privilegierten Vorhaben auch Projektierer können uns Solarenergieplanungen melden, die in die Teilfortschreibung Solarenergie aufgenommen werden können. Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.rvhnf.de/abfrage-tfs-solar> -

Wird zur Kenntnis genommen.

## 6.1 Landratsamt Schwäbisch Hall, Bau- und Umweltamt

Stellungnahme vom 25.05.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p><b><u>Untere Naturschutzbehörde:</u></b></p> <p>Von Seiten der unteren Naturschutzbehörde bestehen gegen die Ausweisung des Flächennutzungsplanes keine Bedenken.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b><u>Untere Landwirtschaftsbehörde:</u></b></p> <p>Seitens der Unteren Landwirtschaftsbehörde werden aufgrund des hohen Flächenverbrauchs geeigneter landwirtschaftlicher Nutzflächen, grundsätzlich Bedenken gegenüber Freiflächenphotovoltaikanlagen (FFPV) erhoben da die Belange der Landwirtschaft durch den Flächenverbrauch beeinträchtigt werden.</p> <p>Aufgrund der Einstufung in der Flurbilanz, Wertigkeit des Bodens und der Nachfrage nach Flächen sowie der Größe der geplanten Anlage können diese Bedenken jedoch zurückgenommen werden.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b><u>Untere Straßenbaubehörde:</u></b></p> <p>Mit dem am 1. Februar 2023 im Landtag beschlossenen Gesetz zum Erlass eines Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes (KlimaG BW) und zur Verankerung des Klimaschutzbelangs in weiteren Rechtsvorschriften wurde auch § 22 (1) StrG BW geändert, der die anbaurechtlichen Bestimmungen an Landes- und Kreisstraßen beschreibt. Durch die Neubewertung des Bundes bei der Rechtslage zur Erteilung von <b>Ausnahmen für Photovoltaikanlagen in der Anbauverbotszone</b> ist nun von einer grundsätzlichen straßenrechtlichen Zulässigkeit der Errichtung dieser Anlagen in der Anbauverbotszone auszugehen und es überwiegen im Rahmen der anbaurechtlichen Beurteilung die Belange der erneuerbaren Energien grundsätzlich. Aufgrund der Änderung des § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien <b>im überragenden öffentlichen Interesse</b>.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Überarbeitung der Geltungsbereiche des Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung beträgt der Abstand zwischen der Vorhabenfläche und der Kreisstraße K 2665 im Minimum ca. 50.0 m. Eine Betroffenheit der Anbauverbotszone der Kreisstraße kann somit ausgeschlossen werden.</p>



Die Freiflächen-PV-Anlage reicht direkt bis an die klassifizierte Straße K 2665 heran. Zur verkehrlichen Erschließung macht die vorläufige Begründung keine Notiz. Die Vermutung liegt nahe, dass das bestehende (Feld)Wegenetz (Flst.-Nr. 669) ab der freien Strecke genutzt werden soll.

Gegen die FNP-Änderung bestehen seitens des Straßenbauamtes keine Einwendungen, wenn nachfolgende Auflagen berücksichtigt werden.

1. Sofern die Zufahrten zu klassifizierten Straßen erheblich verändert (z. B. verbreitert) werden sollen, ist gemäß den §§ 16 und 18 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG) eine Sondernutzungserlaubnis vom Landratsamt Schwäbisch Hall, Straßenbauamt einzuholen. Die erforderlichen Sichtfelder der Erschließungsstraße in die Kreisstraße (3 m / 200 m) sind zu berücksichtigen und zu sichern.
2. Eine ggf. geplante Zaunanlage muss den Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (RPS 2009) entsprechen.
3. Bei Bepflanzungsmaßnahmen ist darauf zu achten, dass der Mindestabstand nach den Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeugrückhaltesysteme für zusätzlich gepflanzte Bäume eingehalten wird.
4. Flächen oder Bestandteile der Kreisstraße wie z. B. Entwässerungsmulden, Bankette oder Böschungen dürfen nicht für Ausgleichsmaßnahmen u. ä. herangezogen werden.
5. Es ist sicherzustellen, dass die Photovoltaikanlage keinerlei Blendwirkung auf die Verkehrsteilnehmer der Kreisstraße ausübt.
6. Zur Vermeidung eines Brandübergriffs im Falle einer Brandentstehung an den Photovoltaikanlagen und deren Nebenanlagen sowie anderen sich hieraus ergebenden Beeinträchtigungen für den fließenden Verkehr sind Aussagen zu effektiven Abwehr- und Beseitigungsmaßnahmen zu treffen, insb. im Hinblick auf eine entsprechende Zuwegung.

Aufgrund der konkreten Einzelfallbeurteilung der Ausnahmegenehmigung sowie der zwingend vorzusehenden Nebenbestimmungen im Verwaltungsverfahren kann eine abschließende Entscheidung über die Inanspruchnahme der Anbauverbotszone nicht innerhalb des FNP-Verfahrens vollumfänglich geregelt werden. Das Verfahren zur Genehmigung einer Ausnahme vom Anbauverbot kann bei hinreichender Planreife betrieben werden.

Wird zur Kenntnis genommen. Die Erschließung der Baufläche kann über das bestehende Feldwegenetz erfolgen. Nähere Ausführungen unter Punkt 2.2 *Erschließung* der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung.

Die Auflagen werden zur Kenntnis genommen. Ferner wurden die Auflagen an die Gemeinde Frankenhardt zur Berücksichtigung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung weitergegeben. Eine Beeinträchtigung der Kreisstraße kann aufgrund des Abstandes der Vorhabenfläche zur Kreisstraße ausgeschlossen werden.

Wird zur Kenntnis genommen. Die Anbauverbotszone muss nicht in Anspruch genommen werden.

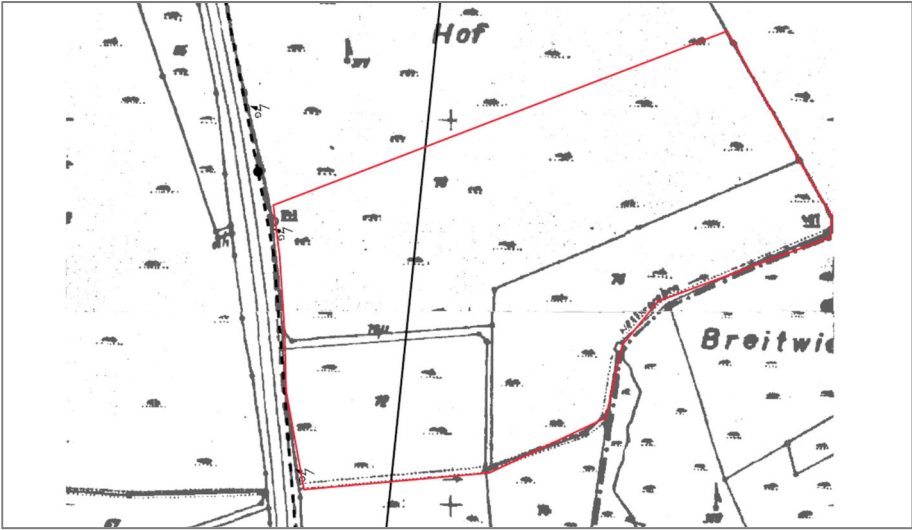
## 7.1 Netze BW GmbH

Stellungnahme vom 11.04.2023 und 13.04.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p>Wir bitten Sie, falls noch nicht geschehen, die TransnetBW GmbH, Heilbronner Str. 51-55 in 70191 Stuttgart, E-Mail: <a href="mailto:bauleitplanung@transnetbw.de">bauleitplanung@transnetbw.de</a> bei diesem Verfahren ebenfalls zu beteiligen. Die TransnetBW GmbH ist für die Höchstspannungsanlagen (220- und 380-kV) und die Netze BW GmbH für die Nieder-, Mittel- und Hochspannungsanlagen (0,4-, 20- und 110-kV) zuständig.</p>	<p>Der Anregung wurde gefolgt. Die Transnet BW GmbH wurde am Verfahren beteiligt. Auf Punkt 30.1 der Abwägungstabelle (Stellungnahme Transnet BW GmbH vom 09.05.2023) wird verwiesen.</p>
<p>die oben genannte Flächennutzungsplanänderung wurde von uns eingesehen und hinsichtlich der Stromversorgung (Nieder-, Mittel- und Hochspannung) überprüft. Hierzu haben wir grundsätzlich keine Bedenken vorzubringen.</p> <p>Im westlichen Rand des Plangebietes sind erdverlegte Mittelspannungskabel vorhanden. Eine Leitungsauskunft unseres Bestandsnetzes kann online oder über das Postfach <a href="mailto:Leitungsauskunft-Nord@netze-bw.de">Leitungsauskunft-Nord@netze-bw.de</a> in verschiedenen Dateiformaten angefordert werden.</p> <p>Laut textlichem und zeichnerischem Teil des Flächennutzungsplans quert eine Hochspannungsleitung das Plangebiet. Nach unserem Kenntnisstand handelt es sich hierbei um eine Höchstspannungsleitung (380 kV) der TransnetBW GmbH. Die TransnetBW GmbH ist ein eigenständiges Unternehmen. Falls noch nicht geschehen, beteiligen Sie bitte auch die TransnetBW GmbH am Verfahren:</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Transnet BW GmbH wurde am Verfahren beteiligt.</p>

### 13.1 Deutsche Telekom Technik GmbH

Stellungnahme vom 10.05.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen – sind betroffen.</p> <p>Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Für zukünftige Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.</p> 	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wurde an die Gemeinde Frankenhardt zur Berücksichtigung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung weitergegeben.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

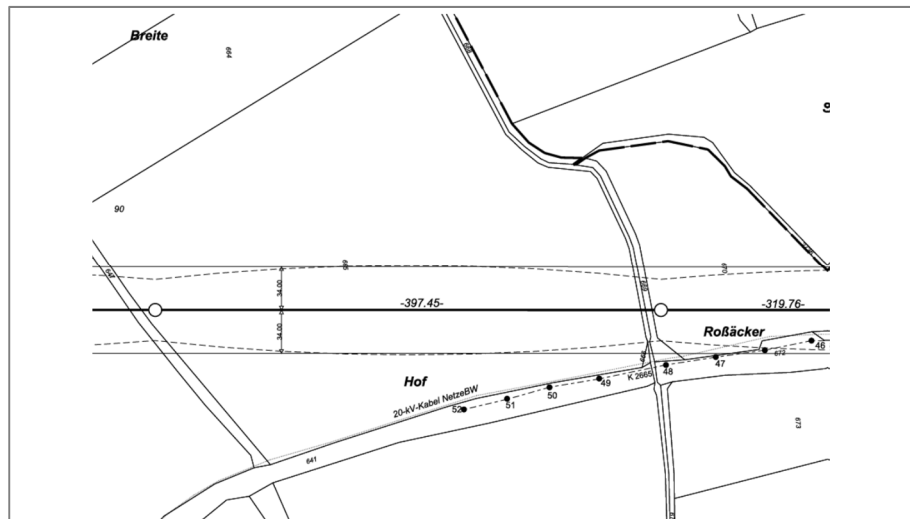
### 30.1 Transnet BW GmbH

Stellungnahme vom 09.05.2023

Stellungnahme	Abwägung und Beschlussvorschlag
<p>Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage liegt teilweise innerhalb des technischen Schutzstreifens unserer o.g. Höchstspannungsfreileitung. Im Anhang stellen wir Ihnen zur besseren Einordnung die Unterlagen der Höchstspannungsfreileitungsanlage zur Verfügung. Aus diesen sind der Leitungsverlauf und die Lage der Schutzstreifen zu ersehen. <b>Die Daten sind nur zum zweckgebundenen Gebrauch bestimmt, eine Weitergabe an unbeteiligte Dritte ist untersagt.</b></p> <p>Die TransnetBW GmbH verfügt im Bereich ihrer Höchstspannungsfreileitungen für zahlreiche Flurstücke über sogenannte Dienstbarkeitsverträge. Durch diese ist geregelt, dass Baulichkeiten in einem festgelegten Schutzstreifen rechts und links der Leitungsachse (hier je 34 m) nicht erstellt und leitungsgefährdende Verrichtungen nicht vorgenommen werden dürfen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf §11 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), wonach die TransnetBW den gesetzlichen Auftrag hat, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen. Daher können wir pauschal eine Unterbauung unserer Höchstspannungsfreileitungsanlagen, auch mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen, nicht erlauben.</p> <p>Wir bitten um die Berücksichtigung unserer Leitungsanlagen und deren Schutzstreifen im Flächennutzungsplan. Grundsätzlich möchte die TransnetBW die Bemühungen, die Energiewende voranzutreiben, unterstützen und dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht entgegenstehen. Daher können Photovoltaik-Freiflächenanlagen als untergeordnete Bauwerke einer detaillierten Einzelfallprüfung unterzogen und bei positivem Ausgang dennoch zugelassen werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die einzuhaltenen Abstände nach der DIN EN 50341, die im Bereich unserer Leitungsanlagen bzw. Schutzstreifen als Ausschlusskriterium bzw. Errichtung unter star-</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung wurden überarbeitet und an den Verlauf der Hochspannungsfreileitung angepasst. Auf Punkt 1.2 <i>Verbindliche Bauleitplanung</i>, Unterpunkt <i>Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes</i> der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung wird verwiesen. Ferner wurde die Stellungnahme an die Gemeinde Frankenhardt zur Beachtung auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung weitergeleitet.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Mittels der Anpassung der Geltungsbereiche sowie der Festsetzung einer 6,0 m breiten Grünfläche entlang der Gebietsgrenze, welche von Bebauung freizuhalten ist, auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung können die erforderlichen Schutzbereiche freigehalten und somit Konflikte zwischen der Hochspannungsfreileitung und der geplanten Freiflächenphotovoltaikanlage ausgeschlossen werden.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Leitungsführung sowie die erforderlichen Schutzstreifen wurden auf den Ebenen der vorbereitenden sowie verbindlichen Bauleitplanung beachtet.</p>

ken Beschränkungen für bestimmte Vorhaben (u.a. von Solarenergieanlagen und Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen) gilt. Folglich kann es in einer Detailprüfung von Vorhaben zu einer Ablehnung etwaiger Maßnahmen und/oder Bauvorhaben im Bereich unserer Leitungsanlagen bzw. Schutzstreifen kommen. Die Detailprüfung erfolgt auf Ebene der Bebauungsplanung, weshalb wir um weitere Beteiligung am Verfahren bitten.

**Für die Prüfung des Bauvorhabens benötigen wir Planunterlagen mit entsprechenden Schnittzeichnungen und Höhenangaben (NHN-Höhen). Erst nach dieser Detailprüfung können wir dem Vorhaben endgültig zustimmen.** Wir bitten Sie daher, die Bauleitplanung der TransnetBW GmbH frühzeitig in Ihre oder die folgenden Planungen einzubeziehen, sodass die Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen abgestimmt und Konflikte vermieden werden können. Eine separate Planauskunft mit weiteren Details ist bereits am 10.03.2023 an den Bauherrn W.I.N.D. Energien GmbH versendet worden.



Wird zur Kenntnis genommen.

Wird zur Kenntnis genommen und auf die Ebene der verbindlichen Bauleitplanung verwiesen. Die Hinweise wurden an die Gemeinde Frankenhardt weitergeleitet.



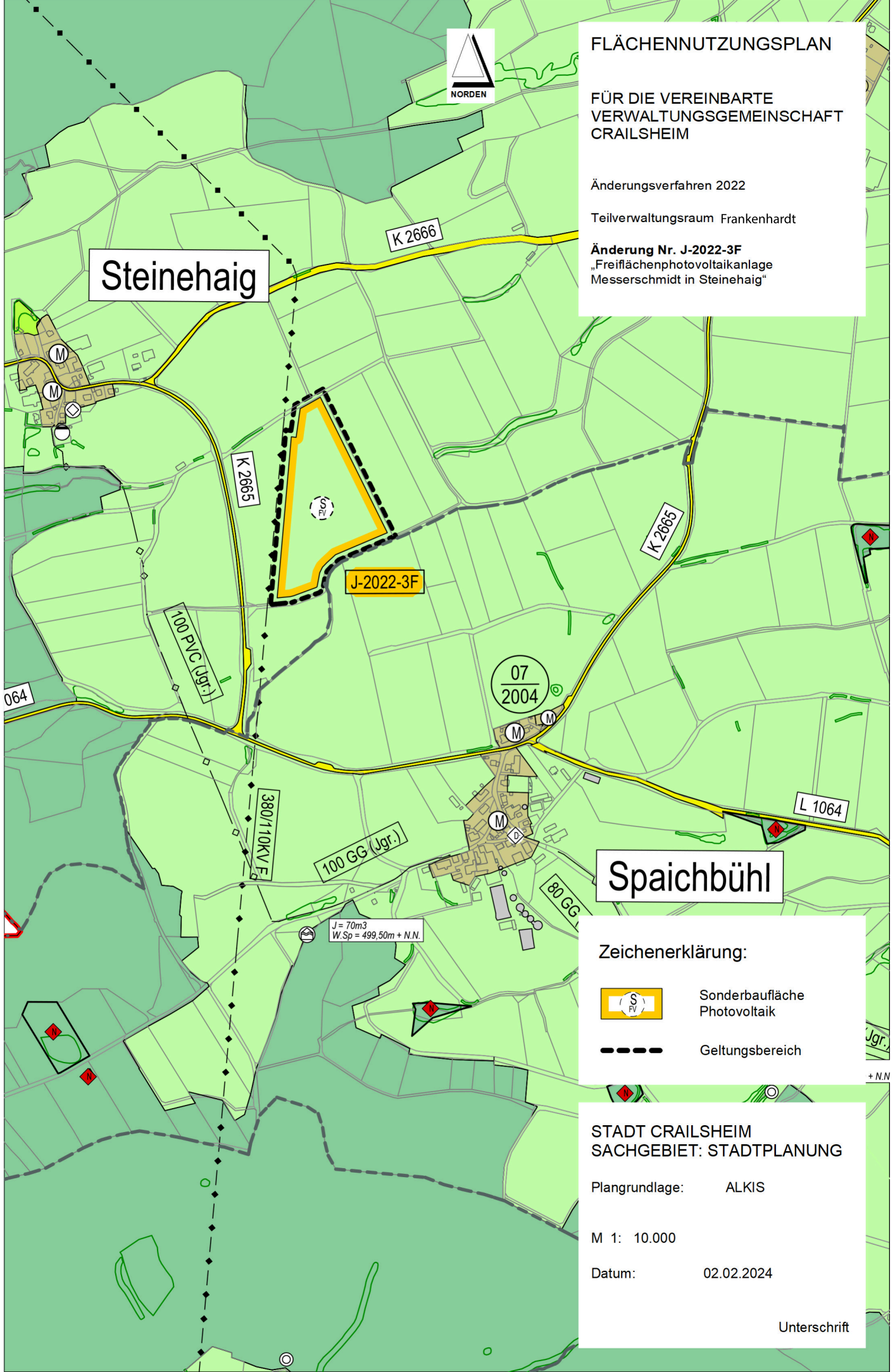
# FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

FÜR DIE VEREINBARE  
VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT  
CRAILSHEIM

Änderungsverfahren 2022

Teilverwaltungsraum Frankenhardt

**Änderung Nr. J-2022-3F**  
„Freiflächenphotovoltaikanlage  
Messerschmidt in Steinehaig“



Steinehaig

Spaichbühl

### Zeichenerklärung:



Sonderbaufläche  
Photovoltaik



Geltungsbereich

### STADT CRAILSHEIM SACHGEBIET: STADTPLANUNG

Plangrundlage: ALKIS

M 1: 10.000

Datum: 02.02.2024

Unterschrift

**Begründung zur  
Flächennutzungsplanänderung  
Nr. J-2022-3F  
„Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“**

**VVG CRAILSHEIM,  
Teilverwaltungsraum Frankenhardt**

Planstand 02.02.2024

## **Teil A - Planungsbericht**

### **1. Inhalt und Ziel der Bauleitplanung**

#### **1.1 Vorbereitende Bauleitplanung**

Es handelt sich um eine Flächennutzungsplanänderung im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB. Mit dem Bebauungsplan sowie der dazugehörigen Flächennutzungsplanänderung werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Freiflächenphotovoltaikanlage geschaffen.

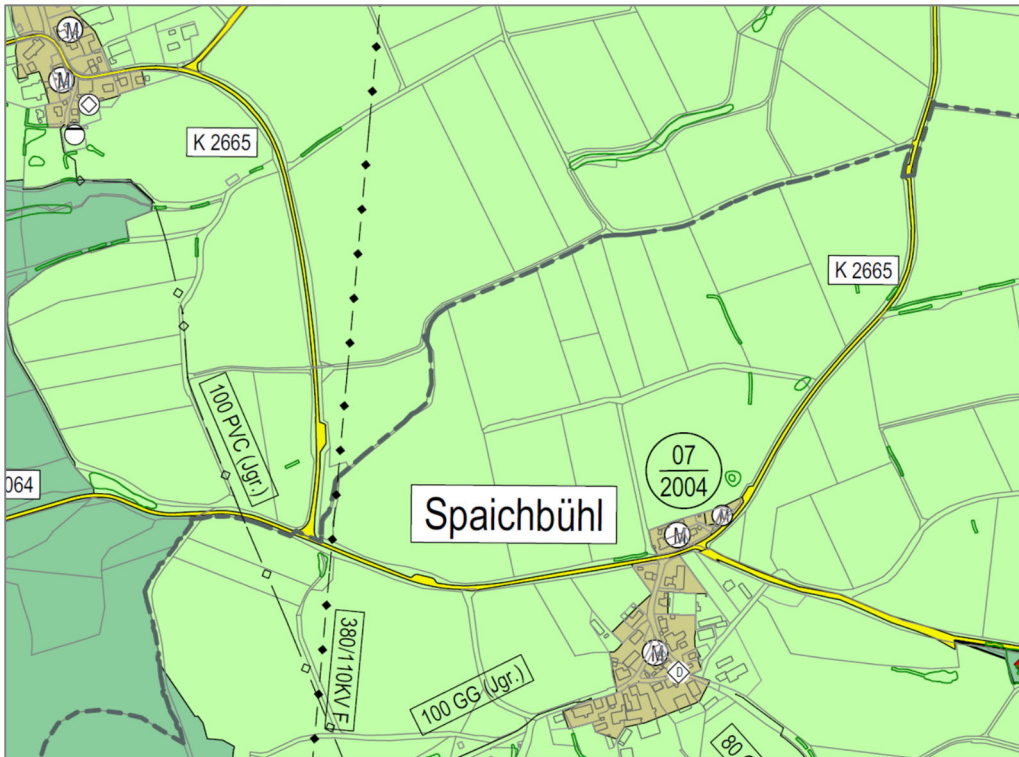
Die Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Teilfläche des Flurstücks Nr. 665, Gemarkung Oberspeltach, südöstlich von Steinehaig (ca. 6,0 ha). Die betreffende Fläche ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der VVG Crailsheim als landwirtschaftliche Flächen dargestellt. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung folgt die Umwandlung in Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“.

Angesichts des Erfordernisses zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie dem vermehrten Interesse von der Investorensseite hat die Gemeinde Frankenhardt im Jahr 2021 einen Kriterienkatalog zur „Standortsuche Freiflächenphotovoltaik Frankenhardt“ verabschiedet, um die Entwicklung solcher Anlagen im Gemeindegebiet insgesamt zu steuern. Im Anschluss konnten Anträge für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen gestellt werden. Von den eingegangenen Anträgen wurde das vorliegende Vorhaben „Messerschmidt“ vom Gemeinderat positiv beschieden und zur Umsetzung ausgewählt, da dieses nach Lage und grundsätzlichem Konzept die Vorgaben des Kriterienkatalogs erfüllt. Eine Einspeisezusage für das Vorhaben liegt vor.

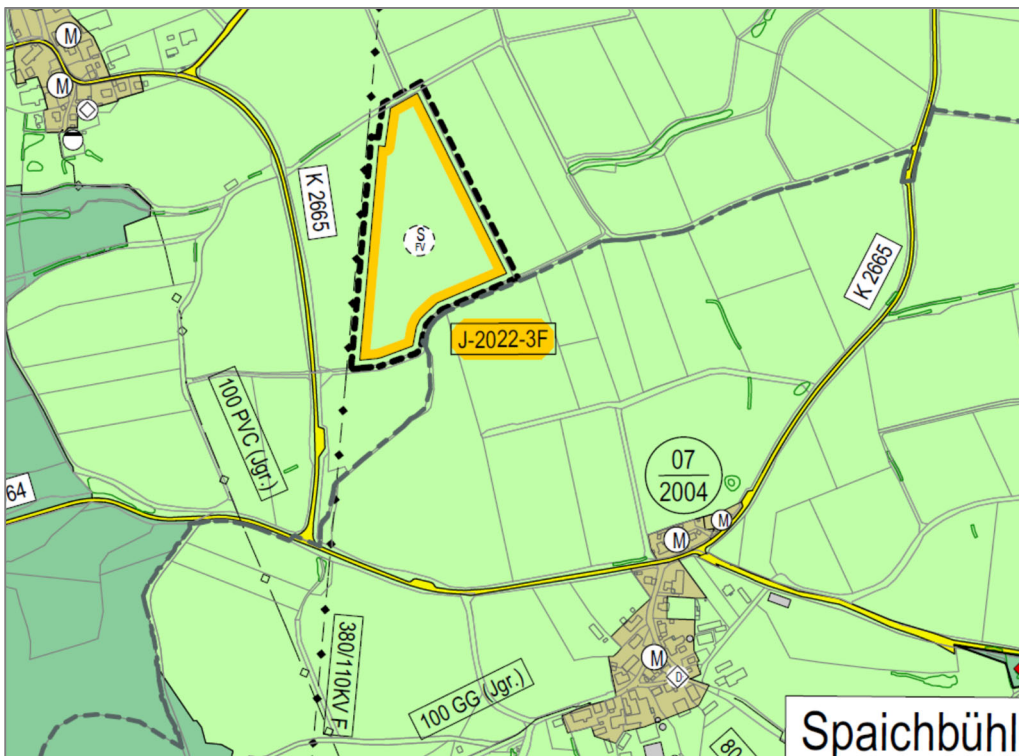
Der Aufstellungsbeschluss zur Flächennutzungsplanänderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ wurde am 22.03.2023 gefasst. Aufgrund von Änderungen am zugrundeliegenden Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ der Gemeinde Frankenhardt wurde eine Anpassung des Geltungsbereichs der

Flächennutzungsplanänderung vorgenommen. Näherer Ausführungen unter Punkt 1.2 der Begründung (*Verbindliche Bauleitplanung*).

### Gegenüberstellung Bestand und Planung



**Abbildung 01:** Ausschnitt rechtskräftiger Flächennutzungsplan der VVG Crailsheim, unmaßstäblich



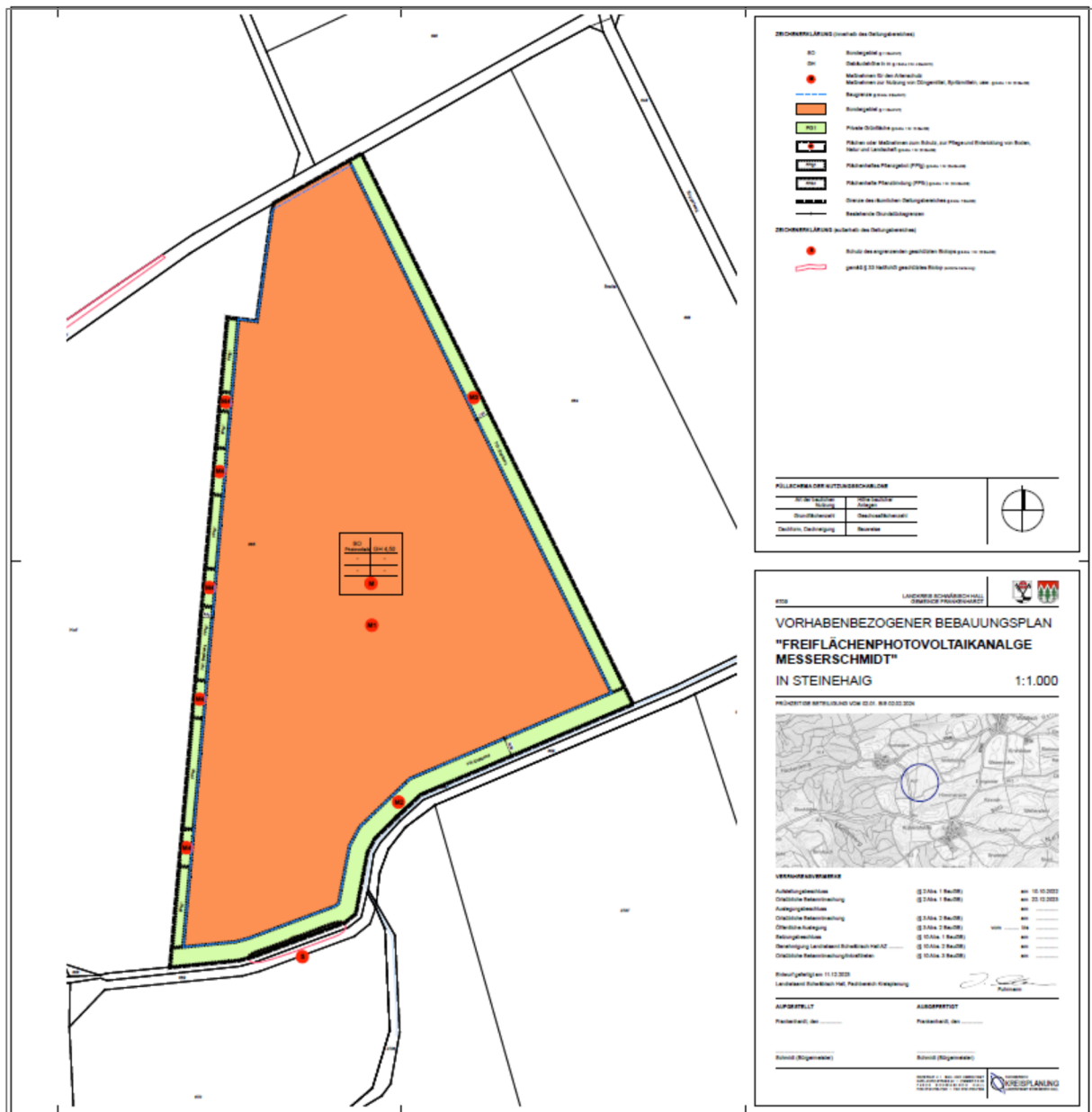
**Abbildung 02:** Geplante Flächennutzungsplanänderung Nr. J-2022-3F „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“, unmaßstäblich



## 1.2 Verbindliche Bauleitplanung

Das Plangebiet befindet sich im unbeplanten Außenbereich.

Die Gemeinde Frankenhardt hat das vorhabenbezogene Bebauungsplanverfahren „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ mit dem am 10.10.2022 gefassten Aufstellungsbeschluss eingeleitet. Gemäß § 12 Abs. 1 BauGB kann die Gemeinde durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan „die Zulässigkeit von Vorhaben bestimmen, wenn der Vorhabenträger auf der Grundlage eines mit der Gemeinde abgestimmten Plans zur Durchführung der Vorhaben und der Erschließungsmaßnahmen (Vorhaben- und Erschließungsplan) bereit und in der Lage ist und sich zur Durchführung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten ganz oder teilweise vor Beschluss nach § 19 Absatz 1 verpflichtet (Durchführungsvertrag)“. Diese Voraussetzungen werden erfüllt. Ein mit der Gemeinde abgestimmter Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) liegt vor, ein Durchführungsvertrag zwischen dem Vorhabenträger und der Gemeinde wird im weiteren Bebauungsplanverfahren geschlossen.



**Abbildung 03:** Planteil vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“, unmaßstäblich

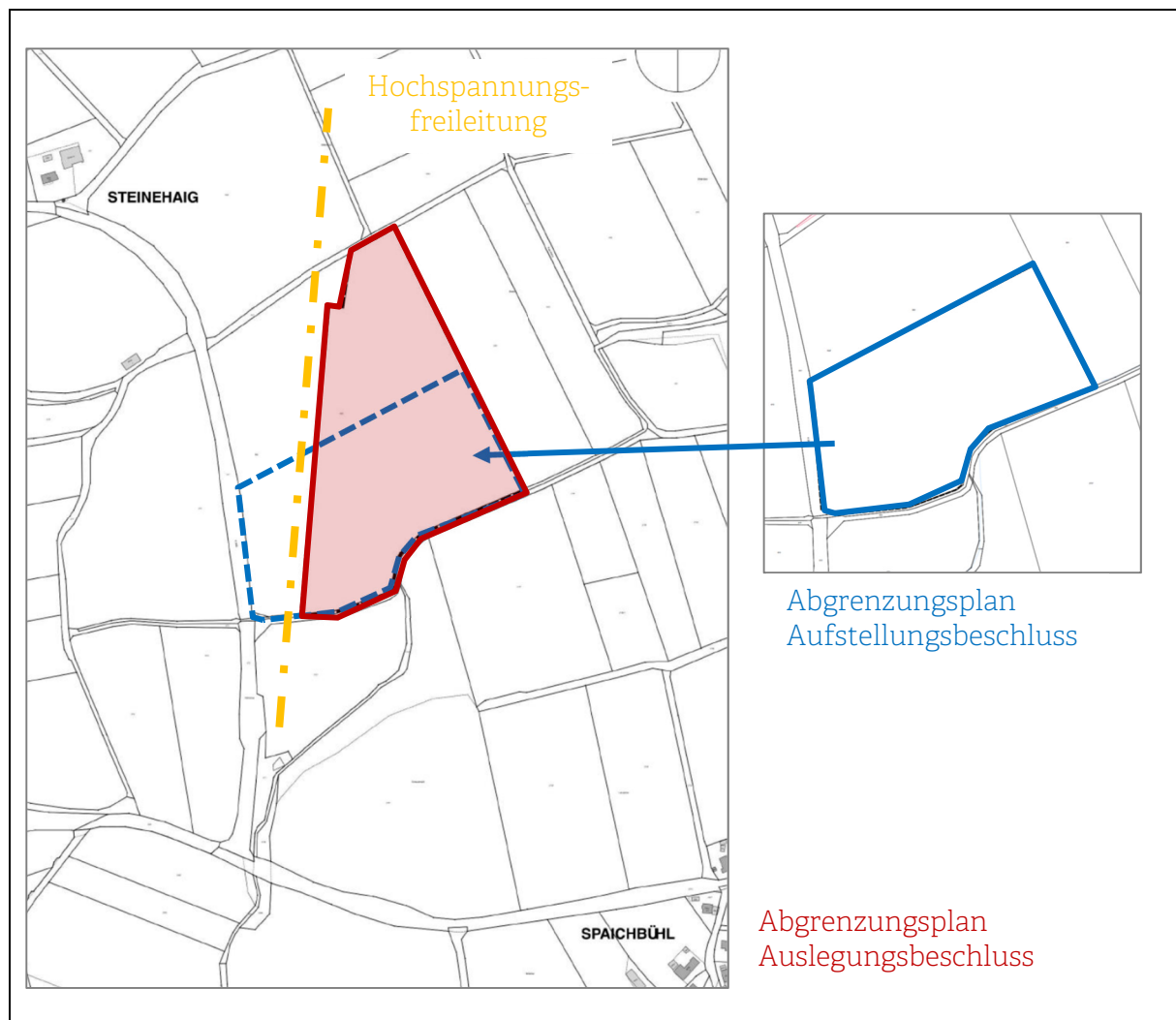
Der vorhabenbezogene Bebauungsplan sieht die Ausweisung eines Sondergebiets mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ sowie private Grünflächen vor. Ferner werden Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie ein Pflanzgebot und eine Pflanzbindung festgesetzt.

Da die geplante bauliche Nutzung von den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes abweicht, ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.

### Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes wurden mit Konkretisierung der Planung überarbeitet. Die ursprünglich in das Verfahren eingebrachte Fläche wurde an den Verlauf der Hochspannungsfreileitung angepasst. Der Planteil der Flächennutzungsplanänderung wurde entsprechend den Bebauungsplanunterlagen überarbeitet.

Die Fläche des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung vergrößert sich somit von ursprünglich ca. 5,0 ha auf ca. 6,0 ha.



**Abbildung 04:** Gegenüberstellung des Abgrenzungsplans zum Aufstellungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ mit dem Abgrenzungsplan des Auslegungsbeschlusses, unmaßstäblich

### 1.3 Standort der Planung

Die Geltungsbereiche befinden sich auf dem Gemeindegebiet Frankenhardt, südwestlich des Teilorts Steinehaig, in der Großlandschaft des Schwäbischen Keuper-Lais Land und im Naturraum Schwäbisch-Fränkische-Waldberge.

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 6,0 ha und wird als Rotationsgrünland landwirtschaftlich bewirtschaftet. Es grenzen eine Hochspannungsfreileitung im Westen sowie ein Bachlauf im Süden an das Plangebiet an. Die übergeordnete Erschließungsstraße, Kreisstraße K 2265, verläuft in geringer Entfernung, westlich des Flurstücks Nr. 665. Ferner wird der Geltungsbereich von Wirtschaftswegen und weiten landwirtschaftlichen Nutzflächen (Acker- und Wiesenflächen) umgeben.



**Abbildung 05:** Luftbild, unmaßstäblich

### 1.4 Raumordnerische und städtebauliche Rahmendaten

#### Regionalplan Heilbronn-Franken 2020

In der Raumnutzungskarte des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 ist das Plangebiet nicht als Baufläche enthalten (sognannte „Weißfläche“). Es befindet sich in einem Vorbehaltsgebiet für Erholung.

Ferner ist das Plangebiet als Teilfläche eines Wasserschutzgebietes in der Raumnutzungskarte dargestellt. Das Wasserschutzgebiet wurde aufgehoben und muss in der Folge nicht mehr beachtet werden.

## Regionale Freiraumstruktur



Wasserschutzgebiet (N)

(PS 3.3.2)

**Abbildung 06:** Ausschnitt Legende zur Raumnutzungskarte des Regionalplans „Heilbronn-Franken 2020“, unmaßstäblich

Der Plansatz 3.2.6.1 zum Vorbehaltsgebiet für Erholung lautet:

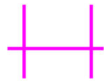
- Z (1) Zur Sicherung des Freizeit- und Erholungsbedarfs der Bevölkerung und zur werterhaltenden Fortentwicklung der Kulturlandschaft werden im Regionalplan Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für Erholung als Teil eines zusammenhängenden Freiraumnetzes festgelegt und in der Raumnutzungskarte 1 : 50.000 dargestellt.
- Z (4) In den Vorbehaltsgebieten für Erholung sollen die natürlichen und kulturellen Erholungsvoraussetzungen in ihrem räumlichen Zusammenhang erhalten werden. Den Belangen der landschaftlichen Erholungseignung ist bei der Abwägung mit konkurrierenden, raumbedeutsamen Maßnahmen ein besonderes Gewicht beizumessen. Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft und der räumliche Zusammenhang der Erholungsräume sollen erhalten und regional bedeutsamen Kulturdenkmälern ein entsprechendes Umfeld bewahrt werden. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind möglich, soweit die Funktion der landschaftsbezogenen Erholung dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Vorbehaltsgebiete bilden Grundsätze der Raumordnung. Entsprechend einem Grundsatzurteil sind Grundsätze der Raumordnung anders als Ziele der Raumordnung der Abwägung zugänglich. Im vorliegenden Fall handelt es sich entgegen der Bezeichnung im Regionalplan, um einen Grundsatz der Raumordnung.

Das Plangebiet liegt vollumfänglich innerhalb eines Vorbehaltsgebiets für Erholung. Es befinden sich jedoch keine speziellen Nutzungen oder Flächen, welche der Erholung dienen, innerhalb der Fläche noch in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Plangebiets. Ferner kann der Standort aufgrund der vorhandenen Hochspannungsfreileitung und der unmittelbaren Lage an der Kreisstraße als vorbelastet eingestuft werden. Aufgrund der Vorbelastungen können die landschaftlichen Auswirkungen des Baus der Freiflächenphotovoltaikanlage als gering bewertet werden.

Im Rahmen des Bebauungsplanes „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ werden Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt. Mittels der geplanten Maßnahmen (u.a. Umwandlung von Rotationsgrünland in eine artenreiche Magerwiese) kann eine ökologische Aufwertung der Flächen erzielt werden. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft kann somit erhalten bzw. aufgewertet werden.

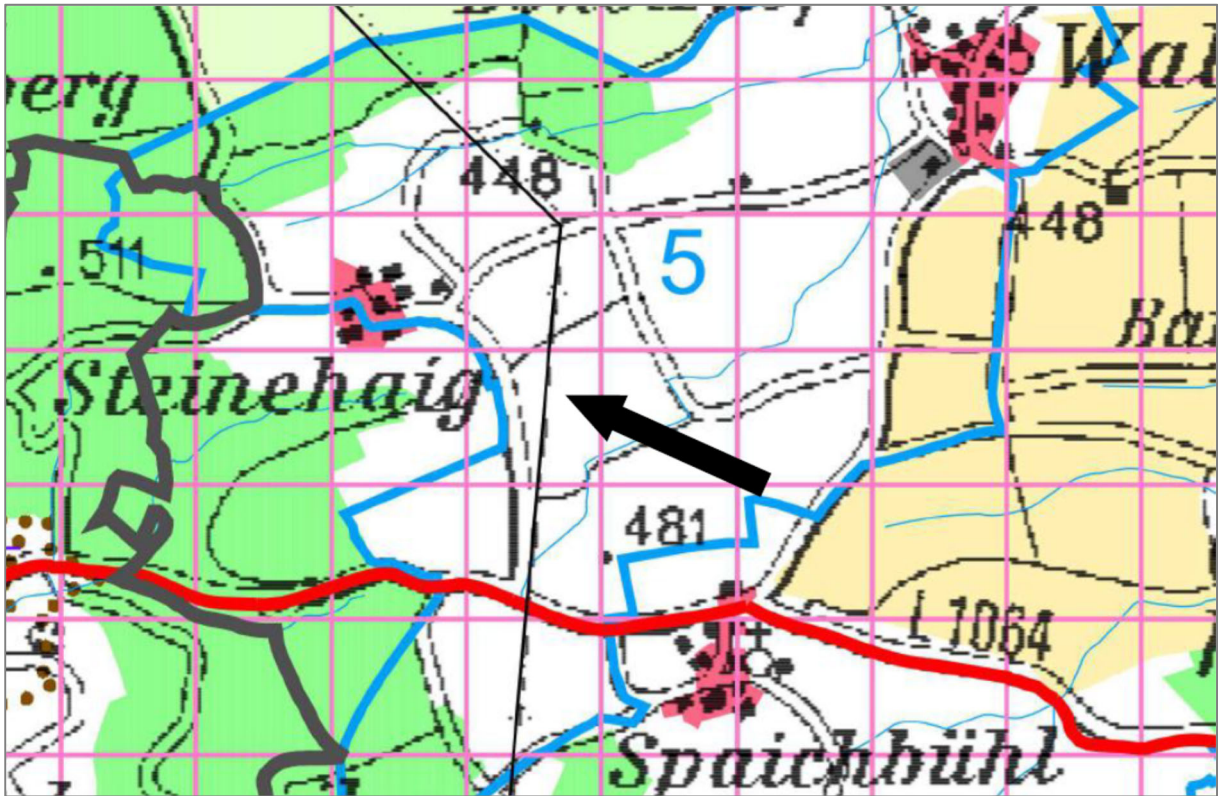
### Regionale Freiraumstruktur



Gebiet für Erholung (VBG)

(PS 3.2.6.1)

**Abbildung 07:** Ausschnitt Legende zur Raumnutzungskarte des Regionalplans „Heilbronn-Franken 2020“, unmaßstäblich



**Abbildung 08:** Ausschnitt aus der Raumnutzungskarte des Regionalplans „Heilbronn-Franken 2020“, unmaßstäblich

### Landschaftsplan

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung ist im Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Crailsheim aus dem Jahr 2011 unter der Kategorie „Flächen für Landwirtschaft“ als „Grünland“ dargestellt.

### Bestand

Flächen für die Landwirtschaft

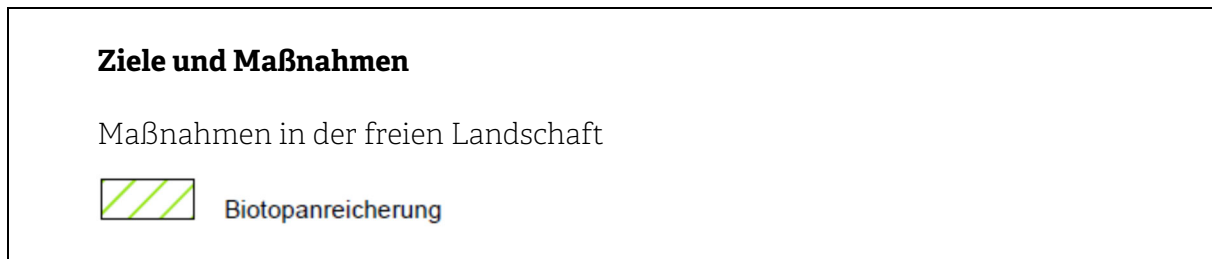


Grünland

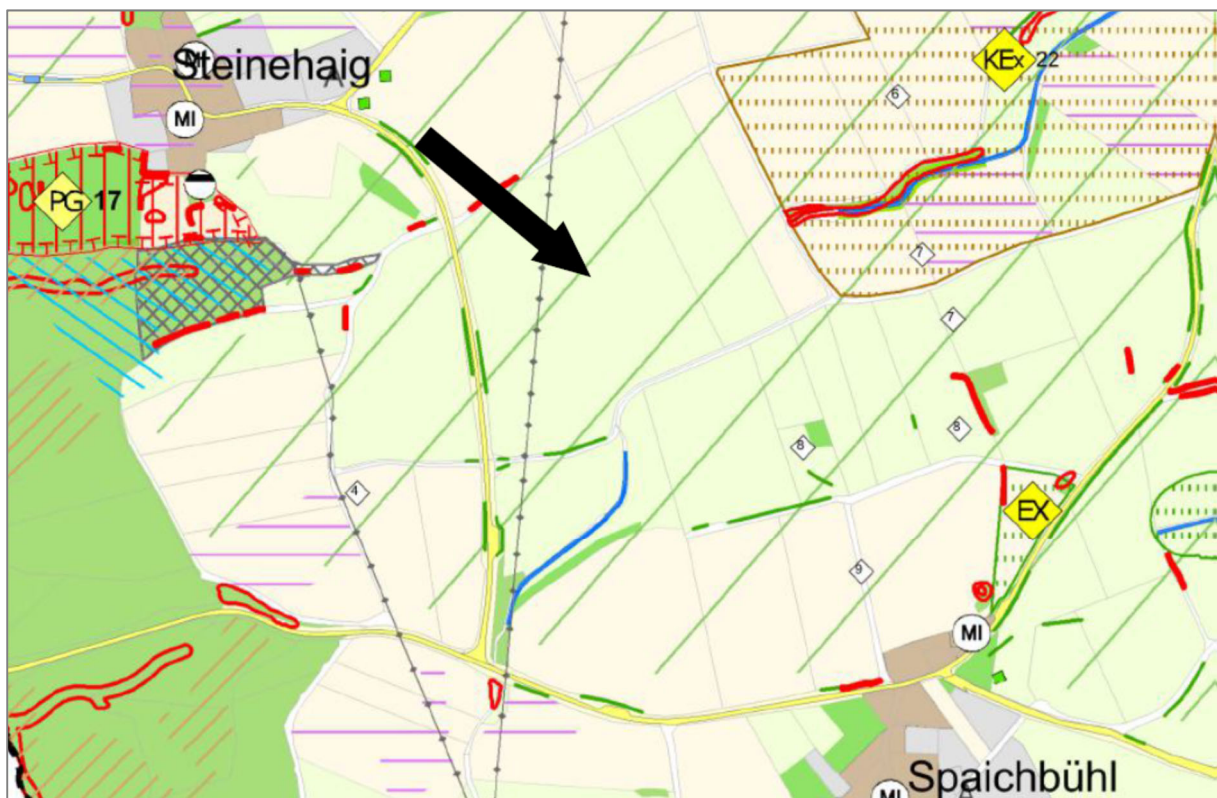
**Abbildung 09:** Ausschnitt Legende zur Ziel- und Maßnahmenkarte des Landschaftsplans, unmaßstäblich

Weiterhin ist der Vorhabenfläche unter der Kategorie Ziele und Maßnahmen eine „Maßnahme in der freien Landschaft“, die „Biotopaneicherung“, zugeordnet.

Im Zuge der Umsetzung der Planung erfolgt eine Nutzungsextensivierung (u.a. Ansaat einer artenreichen Magerwiese). Damit geht eine ökologische Aufwertung der Flächen einher.



**Abbildung 10:** Ausschnitt Legende zur der Ziel- und Maßnahmenkarte des Landschaftsplans, unmaßstäblich



**Abbildung 11:** Ausschnitt aus der Ziel- und Maßnahmenkarte des Landschaftsplans, unmaßstäblich

## 2. Städtebauliche Konzeption

### 2.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

Das städtebauliche Konzept sieht den Bau einer Freiflächenphotovoltaikanlage vor. Die PV-Module dürfen in den technisch erforderlichen Abständen innerhalb der festgesetzten Baugrenze errichtet werden (starre Photovoltaikanlage in Reihenform). Der Versiegelungsgrad der Fläche wird durch das Verankern der Unterkonstruktion mittels Rammen /

Dübeln auf deutlich unter 5 Prozent beschränkt. Großflächige Fundamentierungen sind lediglich zur Errichtung von Gebäuden erforderlich. Die Errichtung von Gebäuden ist auf das technisch notwendige Maß beschränkt. Ferner wurde eine Rückbauverpflichtung für den Fall der dauerhaften Aufgabe der Freiflächenphotovoltaikanlagen festgesetzt.

## **2.2 Erschließung**

Der Geltungsbereich ist über das vorhandene Feldwegenetz an die Kreisstraße K 3665 angebunden. Für die Fahrten für Wartungsarbeiten ist die Anlage von dauerhaft befestigten Wegen innerhalb der Anlagenflächen nicht erforderlich.

## **2.3 Einbindung in die Landschaft**

Zur Eingrünung des Geltungsbereichs wurden im Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“:

- entlang der nördlichen Gebietsgrenze die Anlage einer Buntbrache,
- entlang der östlichen Gebietsgrenze die Entwicklung einer gewässerbegleitenden Hochstaudenflur und der Erhalt einer Feldhecke sowie
- entlang der westlichen Gebietsgrenze die Ansaat von Saumvegetation sowie die Anpflanzung von Feldhecken

auf privaten Grünflächen festgesetzt.

## **2.4 Maßnahmen gemäß Eingriffsregelung**

### Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen wurden im Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ festgesetzt:

- Bodenfreiheit von mindestens 20 cm bei Einzäunungen (bei einer Hühnerhaltung kann davon abgesehen werden).

Die Maßnahmen können Teile des Eingriffs vermeiden oder verringern, es verbleiben nach Umsetzung jedoch unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen. Es sind daher Maßnahmen zum Ausgleich notwendig.

### Ausgleichsmaßnahmen

Ferner wurden folgende Ausgleichsmaßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt:

- M1: Auf den Flächen unterhalb der Module ist eine artenreiche Magerwiese anzulegen und extensiv zu bewirtschaften,
- M2: Entwicklung einer gewässerbegleitenden Hochstaudenflur,
- M3: Anlage einer Buntbrache,
- M4: Anlage einer Saumvegetation,
- FPfg 1: Anlage von Heckenstreifen und

- FPfb 1: Pflanzbindung zum Erhalt einer Feldhecke.

Die Beanspruchung weiterer Flächen außerhalb des Plangebiets für Ausgleichsmaßnahmen ist nicht erforderlich. Der Eingriff kann vollständig innerhalb des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanänderung ausgeglichen werden. Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde, Landratsamt Schwäbisch Hall, konnte in der Folge auf die Erstellung einer Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung verzichtet werden.

#### Maßnahmen gemäß Artenschutzvorschriften

Die Maßnahmen gemäß Artenschutzvorschriften sind zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG zwingend umzusetzen.

Im Bebauungsplan wurden folgende Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotsbeständen festgesetzt:

Zum Schutz der Brutvögel während der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere sind gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG folgende Maßnahmen umzusetzen:

Baufeldräumung außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit von Anfang März bis Ende September.

Verzicht auf eine dichte Eingrünung mit Sträuchern und Bäumen. Es sind allenfalls einzelne Strauchgruppen im Verbund mit Blüh- oder Brachstreifen vorzusehen (wurde über die Festsetzung privater Grünflächen mit Maßnahmen oder Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Pflanzgeboten umgesetzt).

Vorgezogene Maßnahme (CEF):

Entsprechen dem Fachbeitrag Artenschutz zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung sind keine CEF-Maßnahmen außerhalb des Plangebiets erforderlich. Auf das Gutachten des Büros Dr. Andreas Schuler - Büro für Landschaftsplanung und Artenschutz vom 17.11.2023 wird verwiesen.

#### Maßnahmen zum Biotopschutz

Am südlichen Rand des Geltungsbereichs ragt eine, als Biotop geschützte, Feldhecke in das Plangebiet hinein. Mittels der Ausweisung einer Grünfläche kann das Biotop auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung gesichert und vor erheblichen Beeinträchtigungen geschützt werden.

#### Maßnahmen gemäß Erhaltungsgebot Streuobstbestände, Maßnahmen für Lebensraumtypen gemäß der FFH-Richtlinie sowie Maßnahmen für Krisenfälle

Es sind keine Maßnahmen zum Schutz von Streuobstbeständen und Lebensraumtypen gemäß FFH-Richtlinie erforderlich. Überdies sind keine Maßnahmen für Krisenfälle notwendig.



### 3. Flächenbilanz

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von ca. 6,0 ha.

Bisherige Darstellung im rechtskräftigen Flächennutzungsplan	Landwirtschaftliche Fläche
Geplante Flächennutzungsplanänderung, Darstellung als	Sonderbaufläche Zweckbestimmung „Photovoltaik“

### 4. Fachgutachten

- Artenschutzrechtliche Untersuchungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ in Steinehaig – Relevanzeinschätzung  
Fachbereich Kreisplanung, Landratsamt Schwäbisch Hall, 74523 Schwäbisch Hall vom 23.02.2023
- Fachbeitrag Artenschutz zur artenschutzrechtlichen Prüfung bezüglich der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für den Bebauungsplan „FFA Steinehag Messerschmidt“ Gemeinde Frankenhardt - Vorab-Kurzfassung  
Dr. Andreas Schuler - Büro für Landschaftsplanung, 89231 Neu-Ulm vom 17.11.2023.

### 5. Auswirkungen der Planung

#### 5.1 Belange der Schutzgüter „Tiere und Pflanzen“

Mit dem Bebauungsplan sowie der dazugehörigen Flächennutzungsplanänderung wird eine Ackerfläche, welche aktuell als Rotationsgrünland bewirtschaftet wird, überplant. Weiterhin reicht im Süden, entlang eines Wassergrabens, eine geschützte Feldhecke in den Geltungsbereich hinein. Mit der Umsetzung der Planung wird die Ackerfläche in eine artenreiche Magerweide umgewandelt. Die Umwandlung hat eine Aufwertung der Flächen zur Folge. Aufgrund der Aufwertung der Fläche im Rahmen der Realisierung der Freiflächenphotovoltaikanlage konnte, in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde, auf die Erstellung einer Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung verzichtet werden.

Im Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ werden neben einer Sonderbaufläche für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlagen private Grünflächen u.a. mit Pflanzgebot (Heckenstreifen, Saumvegetation und Buntbrache zur Eingrünung) sowie Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Die Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft umfassen:

- die Baufeldräumung außerhalb der Vogelbrutzeit,
- den Ausschluss des Einsatzes von Düngemitteln, Pestiziden, Herbiziden sowie chemischen Mitteln zur Reinigung der Module,

- Vorgaben zur Begrünung der Flächen unterhalb der PV-Module,
- Vorgaben zur Bewirtschaftung der Flächen sowie
- Vorgaben zur Eingrünung der Photovoltaikfläche.

Durch den Bau der geplanten Freiflächenphotovoltaikanlage wird ein, gemäß § 33 BNatSchG geschütztes, Biotop im Offenland tangiert. Das Biotop wurde im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung vom Landratsamt Schwäbisch Hall, Fachbereich Kreisplanung, aufgenommen. Die Feldhecke mittlerer Standorte (Fläche ca. 0,035 ha, Länge ca. 55m) befindet sich auf einer privaten Grünfläche am südlichen Rand des Geltungsbereiches und wird durch eine Pflanzbindung auf der Ebene des Bebauungsplans gesichert. Somit ist keine Beeinträchtigung des Biotopes durch den Bau der Photovoltaikanlage zu erwarten.



**Abbildung 12:** Feldhecke,  
Quelle: Landratsamt Schwäbisch Hall, Kreisplanungsamt vom 29.09.2022

Ferner bildet das Plangebiet keine Flächen des Biotopverbunds noch befinden sich geschützte Streuobstbestände oder Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie innerhalb des Plangebiets. Ebenfalls werden keine Flächen des Biotopverbunds, geschützte Streuobstbestände oder Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie außerhalb des Plangebiets durch das geplante Bauvorhaben tangiert.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde das Untersuchungsgebiet, aufgrund der vorhandenen Habitatstrukturen, auf streng geschützte Brutvögel und Falter untersucht. Im Ergebnis konnte keine Betroffenheit geschützter Arten durch den Bau der Freiflächenphotovoltaikanlage nachgewiesen werden. Die außerhalb des Plangebiets brütenden Feldlerchen sind vom geplanten Vorhaben, aufgrund der Abstände der Revierzentren zum Plangebiet (mindestens 95 m) sowie anderweitigen Ausweichflächen im Umfeld des Plangebiets, nicht betroffen. Auf den Fachbeitrag zur artenschutzrechtlichen Prüfung des Büros Dr. Andreas Schuler – Büro für Landschaftsplanung und Artenschutz, vom 17.11.2023, wird verwiesen.

## **5.2 Belange der Schutzgüter „Fläche und Boden“**

Innerhalb des Geltungsbereichs sind keine Altlastenflächen bekannt noch werden Altlastenflächen außerhalb des Geltungsbereichs durch die Planung berührt.

Das Plangebiet befindet sich in der Großlandschaft des Schwäbischen Keuper-Lais Land und im Naturraum Schwäbisch-Fränkischen Waldbergen. Die geologischen Untergrundverhältnisse bestehen aus Verwitterungs- / Umlagerungsbildung im Übergang zur Grabfeld-Formation (Gipskeuper). Nach „Flurbilanz 2022“ befindet sich das Plangebiet innerhalb der Vorbehaltsflur II. Ferner bildet das Plangebiet eine Vorrangfläche der Stufe II. Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde konnte auf die Erstellung einer Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung verzichtet werden.

Mit der Umsetzung der Planung gehen die Flächen für die Landwirtschaft verloren. Eine Beweidung der Flächen nach Umsetzung der Planung ist möglich.

Die geplanten Photovoltaikmodule werden mittels Punktfundamenten fixiert. Somit kommt es zu einer Versiegelungsrate von unter 5 Prozent der Gesamtfläche. Die Bodenfunktionen können weitestgehend erhalten bleiben, der Boden geht nicht als Lebensraum für Bodenorganismen und Pflanzen verloren. Die Beeinträchtigung des Schutzgutes wird daher als unerheblich eingestuft.

## **5.3 Belange des Schutzguts „Wasser“**

Im Süden des Plangebiets verläuft ein Wassergraben, welche in den Seelesbach mündet. Entlang des Gewässers ist im Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ ein 10,0 m breiter Gewässerrandstreifen als Grünfläche festgesetzt.

Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete liegen weder innerhalb des Plangebiet noch werden Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete außerhalb des Geltungsbereichs durch die Planung tangiert.

Angesichts der Versiegelungsrate von unter 5 Prozent der Gesamtfläche sowie der Umwandlung von Rotationsgrünland in eine Magerwiese, kann das anfallende Regenwasser auch weiterhin auf der Vorhabenfläche versickern. In der Folge kommt es zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes.

## **5.4 Belange des Schutzguts „Luft / Klima“**

Der Geltungsbereich wird als Rotationsgrünland landwirtschaftlich bewirtschaftet. Ferner wird das Plangebiet von weiteren landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Wirtschaftswegen begrenzt. Das Plangebiet ist Richtung Osten leicht abschüssig und somit von Norden, Westen und Osten einsehbar.

Im Rahmen der Umsetzung der Planung wird das Rotationsgrünland in eine Magerwiese mit Solarmodulen umgewandelt. Durch die Umsetzung der Planung ergeben sich keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes „Luft / Klima“.

## **5.5 Belange des Schutzguts „Landschaft“**

Durch das Flurstück 665 verläuft eine Hochspannungsfreileitung, welche die Abgrenzung des Plangebiets maßgeblich beeinflusst hat. Ferner stellt die Hochspannungsfreileitung eine optische Vorbelastung des Gebiets dar.

Mit Umsetzung des Vorhabens wird das Landschaftsbild verändert. Die Vorhabenfläche ist von Norden, Westen und Osten einsehbar. Diesbezüglich wurden Eigrünungsmaßnahmen Richtung Osten, Süden und Westen (Hochstaudenflur, Buntbrachen, Saumvegetation und Feldhecken) im Bebauungsplan festgesetzt. Die Eingrünung wirkt sich positiv auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds aus. Ferner werden die umliegenden Bereiche einschließlich Verbindungswege für die Naherholung durch das geplante Bauvorhaben nicht erheblich beeinträchtigt.

Das Plangebiet befindet sich weder innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes noch werden Landschaftsschutzgebiete außerhalb des Geltungsbereiches durch die Planung tangiert.

## **5.6 Belange der „Wechselwirkungen / Biologische Vielfalt“**

Zwischen den Schutzgütern besteht ein enges Wirkungsgeflecht, das den Naturhaushalt als komplexes Gefüge kennzeichnet. So kann die Veränderung eines Schutzgutes negative Auswirkungen auf andere Schutzgüter entfalten, aber auch positive Effekte bewirken (Summations- und Aufhebungswirkungen). Wasser, Boden und kleinklimatische Verhältnisse bestimmen gemeinsam mit der menschlichen Nutzung die Standortbedingungen für die Vegetation. Die klimatischen Verhältnisse und die Luftqualität beeinflussen das menschliche Wohlbefinden. Auch Landschaftsbild und Mensch beeinflussen sich gegenseitig: Der Mensch gestaltet die Kulturlandschaft, deren Verarmung oder Störung, was wiederum die Erholungseignung verringert. Die Versiegelung von Boden behindert einerseits die Grundwasserbildung, andererseits werden mögliche Schadstoffeinträge ins Grundwasser erschwert.

## **5.7 Belange der Schutzgüter „Natura 2000-Gebiete, Schutzgüter“**

Innerhalb des Plangebiets befinden sich keine Schutzgebiete / -güter noch werden Schutzgebiete / -güter außerhalb des Geltungsbereichs durch die Planung tangiert.

## **5.8 Belange des Schutzguts „Mensch“**

Die Kreisstraße K 2665 verläuft in geringer Entfernung westlich des Plangebiets. Ferner grenzt eine Hochspannungsfreileitung westlich an das Plangebiet an. Aufgrund der Nähe des Geltungsbereichs zur Kreisstraße sowie der vorhandenen Hochspannungsfreileitung kann das Gebiet als vorbelastet eingestuft werden.

Mit dem Bau der Anlage wird das Landschaftsbild verändert. Mittels der Festsetzung von Maßnahmen zur Anlageneingrünung auf der Ebene des Bebauungsplanes können die Auswirkungen abgemildert werden.

Im Plangebiet selbst befinden sich keine Erholungseinrichtungen, noch werden Erholungseinrichtungen außerhalb der Geltungsbereiche durch die Planung tangiert. Die vorhandenen Verbindungswege für die Naherholung außerhalb des Geltungsbereichs sowie die Erholungsfunktion der umliegenden Bereiche werden durch die vorliegende Planung ebenfalls nicht beeinträchtigt. Ferner sind durch die vorliegende Planung keine Immissionen zu erwarten, welche die Umgebung negativ beeinträchtigen könnten.

### **5.9 Belange der Schutzgüter „Kultur- und sonstige Sachgüter“**

Innerhalb des Geltungsbereichs sind keine Kultur- und sonstigen Sachgüter bekannt noch werden Kultur- und Sachgüter außerhalb des Plangebiets tangiert.

### **5.10 Belange der „Emissionsvermeidung und des sachgerechten Umgangs mit Abfällen und Abwässern**

Es liegen keine Informationen vor, dass durch den Bau von Freiflächenphotovoltaikanlagen erhebliche Auswirkungen u.a. durch Unfälle oder Katastrophen zu erwarten wären.

### **5.11 Belange der „Erneuerbaren Energie“**

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ sowie die dazugehörige Änderung des Flächennutzungsplanes werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Freiflächenphotovoltaikanlage zur Gewinnung von Strom aus regenerativen Energiequellen geschaffen.

## **Teil B – Umweltbericht**

Anlage nach §§ 2 Abs. 4 und 2a BauGB zur Flächennutzungsplanänderung „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“, Nr. J-2022-3F.

Der Umweltbericht wurde vom Fachbereich Kreisplanung des Landratsamts Schwäbisch Hall erstellt und ist als separates Dokument mit Datum vom 02.02.2024 beigelegt.

## **Teil C – Zusammenfassende Erklärung**

- Nach Abschluss des Verfahrens -

Aufgestellt:  
Stadt Crailsheim  
Ressort Stadtentwicklung  
Sachgebiet Stadtplanung

Crailsheim, den 02.02.2024

.....  
Andreas Groß M. Eng.



## UMWELTBERICHT ZUR FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG „FREIFLÄCHENPHOTOVOLTAIKANLAGE MESSERSCHMIDT“

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<b>2</b>
<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>3</b>
<b>TABELLENVERZEICHNIS</b>	<b>3</b>
<b>VORBEMERKUNGEN</b>	<b>4</b>
<b>UMWELTBERICHT</b>	<b>5</b>
<b>1. Allgemein</b>	<b>5</b>
1.1 Erfordernis und Ziel der Flächennutzungsplanänderung	5
1.2 Geltungsbereich	5
<b>2. Übergeordnete Planungen</b>	<b>5</b>
2.1 Regionalplan	5
Erholung	5
<b>3. Kommunale Planungsebene</b>	<b>6</b>
3.1 Landschaftsplan	6
3.2 Angrenzende und überplante Bebauungspläne	6
<b>4. Umfang und Gegenstand der Umweltprüfung</b>	<b>8</b>
4.1 Untersuchungsgebiet	8
4.2 Untersuchungsumfang	8
4.3 Fachgutachten	8
4.3.1 Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung	8
<b>5. Schutzvorschriften und Restriktionen</b>	<b>9</b>
5.1 Schutzgebiete	9
5.2 Biotopschutz	9
5.3 Biotopverbund	10
5.4 Erhaltungsgebot von Streuobstbeständen	10
5.5 Lebensraumtypen nach der FFH-Richtlinie	11
5.6 Artenschutz	11
5.6.1 Rechtliche Grundlagen	11
5.6.2 Vorkommen geschützter Arten im Gebiet	11
5.6.3 Prognose der Betroffenheit	12
5.6.4 Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen	13
5.6.5 Vorgezogene Maßnahmen (CEF)	13
5.7 Gewässerschutz	13
5.8 Denkmalschutz	13
5.9 Immissionsschutz	13
5.10 Landwirtschaft	14
5.11 Wald und Waldabstandsflächen	14
5.12 Altlasten	14
<b>6. Beschreibung der Umweltauswirkungen</b>	<b>15</b>
6.1 Bestandsanalyse und Prognose der Umweltauswirkungen	15
6.1.1 Schutzgut Mensch	15
6.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen	15
6.1.3 Schutzgut Boden	16
6.1.4 Schutzgut Fläche	17
6.1.5 Schutzgut Wasser	18
6.1.6 Schutzgut Klima und Luft	18
6.1.7 Schutzgut Landschaft	19
6.1.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	19



6.1.9	Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	20
6.1.10	Auswirkungen von schweren Unfällen und Katastrophen auf die Schutzgüter und ihre Wechselwirkungen	20
6.2	Entwicklungsprognose ohne Umsetzung der Planung	20
6.3	Alternative Planungsmöglichkeiten	21
<b>7.</b>	<b>Maßnahmenkonzeption</b>	<b>22</b>
7.1	Maßnahmen gemäß Biotopschutz	22
7.2	Maßnahmen gemäß Erhaltungsgebot Streuobstbestände	22
7.3	Maßnahmen gemäß Artenschutzvorschriften	22
7.3.1	Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen von Verbotstatbeständen	22
7.3.2	Vorgezogene Maßnahmen (CEF)	22
7.4	Maßnahmen für Lebensraumtypen gemäß der FFH-Richtlinie	22
7.5	Maßnahmen für Krisenfälle	22
<b>8.</b>	<b>Zusätzliche Angaben</b>	<b>23</b>
8.1	Lücken und Defizite des Umweltberichtes	23
8.2	Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung (Monitoring)	23
8.3	Zusammenfassung	23
8.4	Referenzliste	24

## ANHANG

Anhang 1: Bestandsplan Biotoptypen

## ANLAGEN

- Vorab Kurzfassung, spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP), Büro für Landschaftsplanung und Artenschutz, Dr. Schuler, 17.11.2023
- Relevanzeinschätzung, Kreisplanung, 23.02.2023

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Bild 1:	Regionalplan "Heilbronn-Franken 2020", 1:20.000	7
Bild 2:	Landschaftsplan "VVG Crailsheim, Frankenhardt, Satteldorf, Stimpfach", 1:10.000	7
Bild 3:	Feldhecke (Aufnahme Kreisplanung 29.09.2022)	10

## TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Referenzliste	25
------------	---------------	----

## VORBEMERKUNGEN

Diese **Ausarbeitung** enthält:

- Umweltbericht zur Flächenänderung

Die verwendeten **Rechtsgrundlagen** sind in der jeweils derzeit gültigen Fassung

- Raumordnungsgesetz (**ROG**) vom 22.12.2008
- Landesplanungsgesetz (**LplG**) vom 10.07.2003
- Baugesetzbuch (**BauGB**) vom 03.11.2017
- Baunutzungsverordnung (**BauNVO**) vom 21.11.2017
- Landesbauordnung Baden-Württemberg (**LBO**) vom 05.03.2010
- Planzeichenverordnung 1990 (**PlanZV 90**) vom 18.12.1990
- Bundesnaturschutzgesetz (**BNatSchG**) vom 29.07.2009
- Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (**NatSchG**) vom 23.06.2015

Die **Verfahrensschritte** gemäß BauGB zur Aufstellung dieser Flächennutzungsplanänderung sind:

- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB)
- Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB)
- Feststellungsbeschluss
- Genehmigung (§ 10 Abs. 2 BauGB)
- Bekanntmachung (§ 10 Abs. 3 BauGB)

Für Flächennutzungspläne ist gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine **Umweltprüfung** durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und im **Umweltbericht** beschrieben und bewertet werden. Der Umweltbericht bildet gemäß § 2a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. In den Umweltbericht gehen auch die Vorschriften zum europäischen Habitatschutz Natura 2000 und die umweltrelevanten Erkenntnisse von Fachgutachten mit ein. Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB werden anhand folgender Schutzgüter untersucht:

- Mensch
- Tiere und Pflanzen
- Boden
- Fläche
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft
- Kultur- und sonstige Sachgüter

Ein separaten Fachgutachten zur Eingriffsregelung nach § 1a BauGB in Verbindung mit § 21 BNatSchG wurde nicht erstellt. Eingriffsintensität und Ausgleichsvorschläge werden im Umweltbericht dargelegt.

## UMWELTBERICHT

### 1. Allgemein

#### 1.1 Erfordernis und Ziel der Flächennutzungsplanänderung

Seit dem Jahr 2021 befasst sich der Gemeinderat Frankenhardt mit dem Thema Freiflächenphotovoltaikanlagen. Es wurde beschlossen einen Kriterienkatalog aufzustellen, um die Entwicklung solcher Anlagen im Gemeindegebiet insgesamt zu steuern. Der Kriterienkatalog wurde am 13.12.2021 in öffentlicher Sitzung verabschiedet. Anschließend konnten Anträge für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen gestellt werden.

Von den eingegangenen Anträgen wurde das vorliegende Vorhaben vom Gemeinderat positiv beschieden und zur Umsetzung ausgewählt, da diese nach Lage und grundsätzlichem Konzept die Vorgaben des Kriterienkataloges erfüllt.

Der Vorhabenträger möchte südöstlich von Steinehaig auf dem östlichen Teil des Flurstücks 665 eine Freiflächenphotovoltaikanlage errichten. Eine Einspeisezusage liegt vor, so dass eine Umsetzung des Projektes möglich ist.

Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sind zwar Anlagen zur Wind- und Wasserenergiegewinnung im Außenbereich zulässig, nicht jedoch Freiflächenphotovoltaikanlagen in dieser Dimension. Somit ergibt sich die Notwendigkeit, mittels eines Bebauungsplanes die notwendige planungsrechtliche Grundlage zur Realisierung des Vorhabens zu schaffen.

#### 1.2 Geltungsbereich

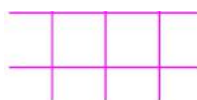
Der Geltungsbereich beträgt ca. 5,95 ha.

### 2. Übergeordnete Planungen

#### 2.1 Regionalplan

Die Fläche befindet sich in einem regionalplanerischen Vorbehaltsgebiet für Erholung. Das Wasserschutzgebiet, das in den Raumnutzungskarte noch verzeichnet ist, wurde zwischenzeitlich aufgehoben und muss daher nicht mehr betrachtet werden.

#### Erholung



Gebiet für Erholung (VBG)

Der Geltungsbereich liegt randlich in einem Vorbehaltsgebiet für Erholung. Der Plansatz 3.2.6.1 hierzu lautet:

*Z (1) Zur Sicherung des Freizeit- und Erholungsbedarfs der Bevölkerung und zur werterhaltenden Fortentwicklung der Kulturlandschaft werden im Regionalplan Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für Erholung als Teil eines zusammenhängenden Freiraumnetzes festgelegt und in der Raumnutzungskarte 1 : 50.000 dargestellt.*

*Z (4) In den Vorbehaltsgebieten für Erholung sollen die natürlichen und kulturellen Erholungsvoraussetzungen in ihrem räumlichen Zusammenhang erhalten werden. Den*

*Belangen der landschaftlichen Erholungseignung ist bei der Abwägung mit konkurrierenden, raumbedeutsamen Maßnahmen ein besonderes Gewicht beizumessen. Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft und der räumliche Zusammenhang der Erholungsräume sollen erhalten und regional bedeutsamen Kulturdenkmälern ein entsprechendes Umfeld bewahrt werden. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind möglich, soweit die Funktionen der landschaftsbezogenen Erholung dadurch nicht beeinträchtigt werden.*

Vorbehaltsgebiete sind generell Grundsätze der Raumordnung. Hierzu gab es ein Grundsatzurteil. Grundsätze der Raumordnung sind anders als Ziele der Raumordnung der Abwägung zugänglich. Vorliegend handelt es sich entgegen der Bezeichnung im Regionalplan um einen Grundsatz der Raumordnung.

### **Beurteilung**

Das Plangebiet liegt zwar vollumfänglich in einem regionalplanerischen Vorbehaltsgebiet für Erholung jedoch befinden sich keine speziellen Nutzungen oder Flächen, die der Erholung dienen, in direkter Nähe. Der Standort ist durch die Hochspannungsleitung und der Lage an Kreisstraße bereits vorbelastet, so dass landschaftlichen Auswirkungen geringer sind. Beim Geltungsbereichszuschnitt war der Verlauf der Hochspannungsleitung maßgeblich.

## **3. Kommunale Planungsebene**

### **3.1 Landschaftsplan**

Für den Gemeindeverwaltungsverband „VVG Crailsheim, Frankenhardt, Satteldorf und Stimpfach“ hat das Büro Schmid, Treiber und Partner im Jahr 2011 einen Landschaftsplan erstellt.

In den Karten für Ziele und Maßnahmen ist die Fläche des Geltungsbereiches als Grünland dargestellt. Am südlichen Rand ist eine Feldhecke verzeichnet. Westlich verläuft eine große, oberirdische Versorgungsleitung.

Als Maßnahmen in der freien Landschaft sind Biotopanreicherungen vorgesehen.

### **3.2 Angrenzende und überplante Bebauungspläne**

Es grenzen keine Bebauungspläne an den Geltungsbereich an.

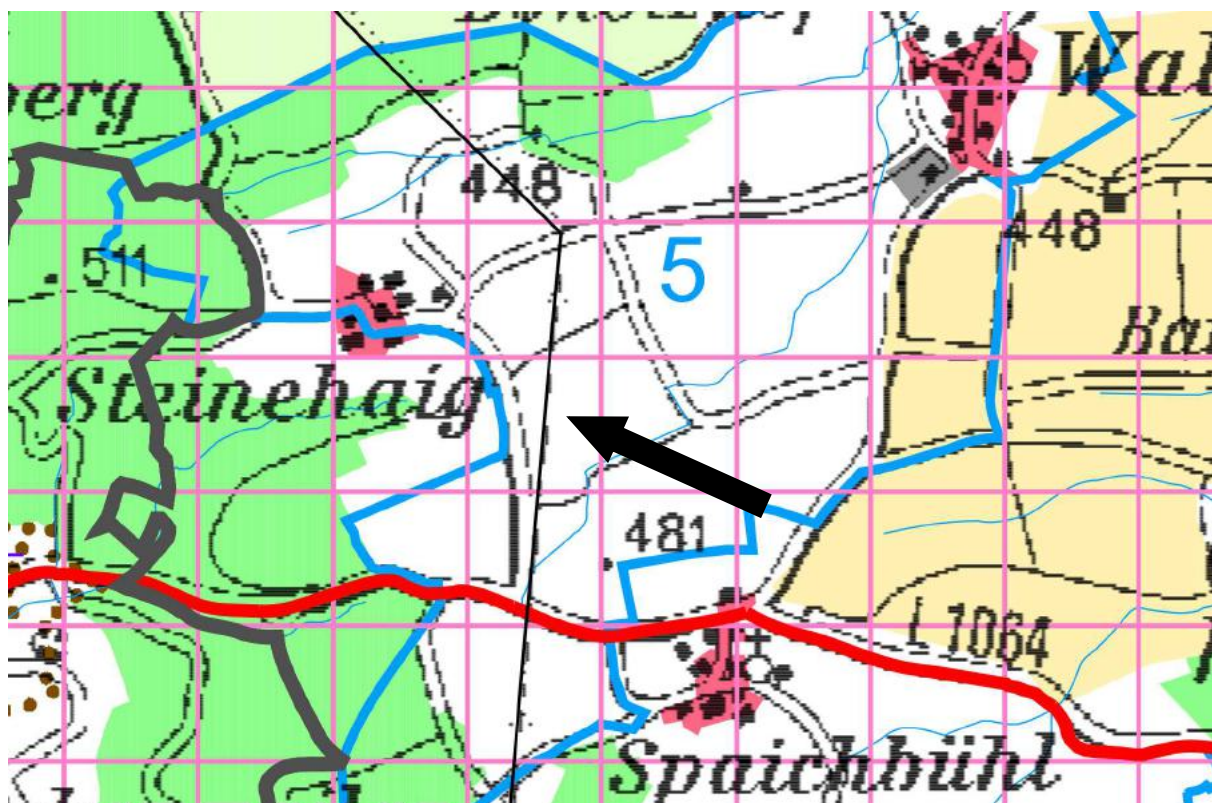


Bild 1: Regionalplan "Heilbronn-Franken 2020", 1:20.000

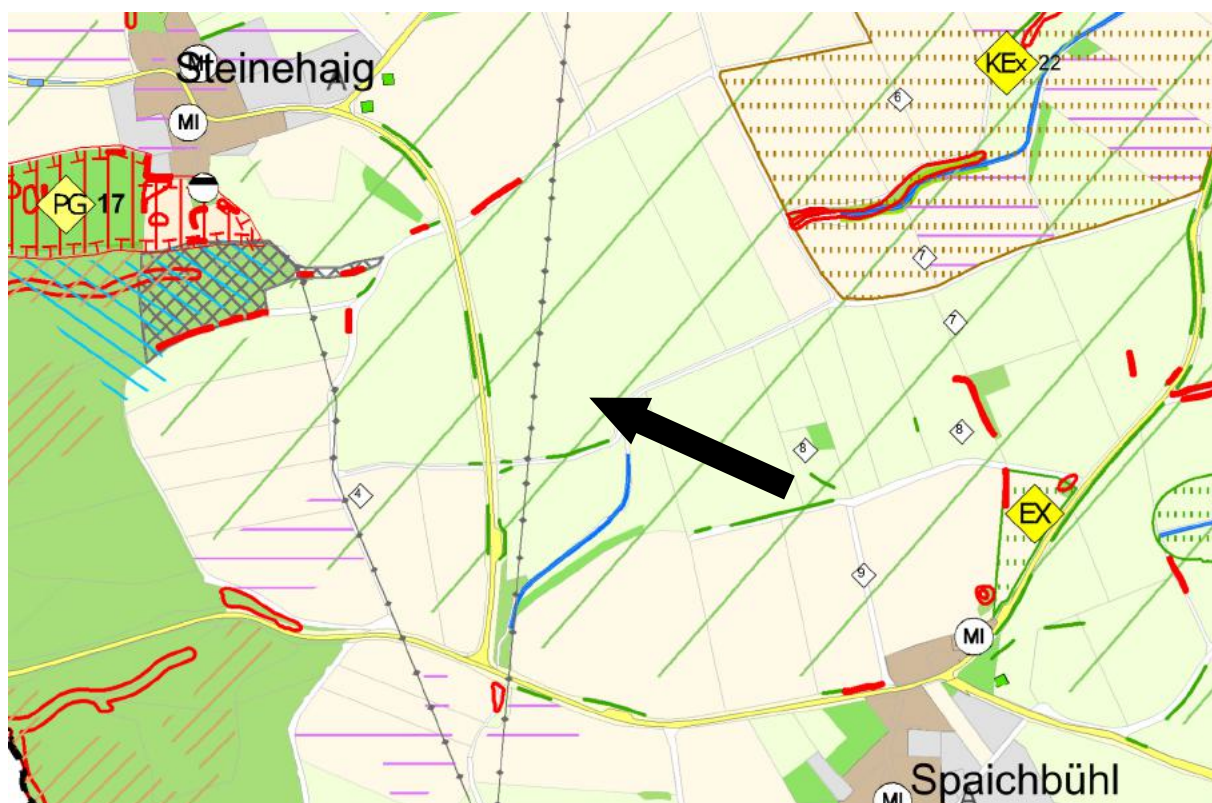


Bild 2: Landschaftsplan "VVG Crailsheim, Frankenhardt, Satteldorf, Stimpfach", 1:10.000

## **4. Umfang und Gegenstand der Umweltprüfung**

### **4.1 Untersuchungsgebiet**

Der Geltungsbereich befindet sich in der Gemeinde Frankenhardt südwestlich des Teilortes Steinehaig. Damit liegt die Fläche in der Großlandschaft des Schwäbischen Keuper-Lias Land und im Naturraum Schwäbisch-Fränkische Waldberge.

Der Geltungsbereich umfasst eine Größe von ca. 6 ha und wird momentan als Grünlandan-  
saat bewirtschaftet. Im Westen verläuft eine Stromleitung und im Süden grenzt ein Bachlauf  
an.

### **4.2 Untersuchungsumfang**

Der Untersuchungsumfang umfasst eine Nutzungs- und Biotoptypenkartierung vom Mai  
2023 sowie die Auswertung von Kartenmaterial zu Geologie und Boden. Als Ergebnis einer  
Relevanzeinschätzung vom 23.02.2023 zur Festlegung des Untersuchungsrahmens wurde  
in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Beauftragung einer artenschutz-  
rechtlichen Prüfung (saP) vereinbart.

Darüber hinaus ist im vorliegenden Fall Folgendes zu beachten:

- Gewässerrandstreifen

### **4.3 Fachgutachten**

#### **4.3.1 Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung**

Im Bereich des Bebauungsplans konnte anhand der Biotopausstattung das Vorkommen  
streng geschützter Brutvögel und Falter nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wurde das  
Büro für Landschaftsplanung Dr. Schuler mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung  
(saP) beauftragt. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt eine Vorab- Kurzfassung zur Bestandsbe-  
schreibung und Prognose der Feldlerchenpopulation vor. Das Ergebnis dieser Kurzfassung  
wird in Kapitel 5.6 „Artenschutz“ zusammengefasst.

## 5. Schutzvorschriften und Restriktionen

### 5.1 Schutzgebiete

#### **Natura 2000-Gebiete: FFH- und Vogelschutzgebiete**

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche von der Planung be-  
rührt.

#### **Landschaftsschutzgebiete**

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche von der Planung be-  
rührt.

#### **Naturschutzgebiete**

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche von der Planung be-  
rührt.

#### **Naturdenkmale**

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche von der Planung be-  
rührt.

### 5.2 Biotopschutz

#### **Bestand:**

Folgendes gesetzlich geschützte Biotop nach § 33 NatSchG im Offenland wird durch die  
Planung tangiert:

- Biotopname: vor Ort durch die Kreisplanung kartiert

geschützt als: Feldhecke mittlerer Standorte

Fläche: 0,035 ha

Biotopbeschreibung: Entlang eines Grabens stockt eine schmale einreihige Feldhecke.  
Sie hat eine Gesamtlänge von ca. 55 m. Das kleinere Teilstück nach Westen ist durch  
eine Zufahrt abgetrennt und ist nicht als geschütztes Biotop mit einberechnet.

#### **Prognose:**

Die Hecke befindet sich in einer privaten Grünfläche und wird durch eine Pflanzbindung ge-  
sichert. Somit kommt es zu keinen Beeinträchtigungen.

*Hinweis: Gemäß der Änderung des BNatSchG vom 01.03.2022 werden Magere Flach-  
land-Mähwiesen sowie Bergmähwiesen nach Anhang I der Richtlinie  
92/43/EWG sowie Streuobstwiesen als gesetzlich geschützte Biotope im Offen-  
land dargestellt. Die schriftliche Ausarbeitung der Streuobstwiesen erfolgt wei-  
terhin unter dem Kapitel 5.4 „Erhaltungsgebot von Streuobstbeständen“.*



Bild 3: Feldhecke (Aufnahme Kreisplanung 29.09.2022)

### 5.3 Biotopverbund

Nach § 20 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) soll ein Netz verbundener Biotope (Biotopverbund) geschaffen werden, das mindestens 10 % der Fläche eines Bundeslandes umfassen soll. Der Biotopverbund dient der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen.

Der Biotopverbund unterscheidet in Offenlandflächen mit trockenen, mittleren und feuchten Standorten. Es werden Kernflächen (artenreiche, hochwertige Biotopflächen), Kernräume (Randbereiche von Kernflächen innerhalb einer Distanz von 200m) und Suchräume (Flächenbeziehung zwischen Kernflächen innerhalb einer Distanz von 500m und 1000m) dargestellt.

#### **Bestand**

Innerhalb sowie angrenzend des Geltungsbereiches befinden sich keine Flächen des Biotopverbundes.

#### **Prognose**

Es kommt zu keinen Beeinträchtigungen des Biotopverbundes.

### 5.4 Erhaltungsgebot von Streuobstbeständen

Ein Streuobstbestand wird nach dem § 4 Absatz 7 des Landwirtschafts- und Landeskulturgegesetzes (LLG) definiert. Darüber hinaus ist folgendes zusätzlich zu beachten:

- Der Streuobstbestand muss eine Mindestfläche von 1.500 m<sup>2</sup> erreichen.



- Es muss sich um einen zusammenhängenden Streuobstbestand handeln.
- Die Abgrenzung des Bestandes erfolgt entlang des äußeren Randes der Baumkronen und nicht nach Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen.
- Die Streuobstbäume müssen eine Stammhöhe von mindestens 1,40 m erreichen.
- Reine intensiv genutzte Stein- oder Kernobstbestände werden nicht anerkannt.

Innerhalb des Geltungsbereiches befindet sich kein gemäß § 33a NatSchG geschützter Streuobstbestand. Auch außerhalb wird keiner durch die Planung tangiert.

## 5.5 Lebensraumtypen nach der FFH-Richtlinie

Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich keine Lebensraumtypen (LRT), die gemäß § 19 BNatSchG auch außerhalb von FFH-Gebieten geschützt sind (= schutzgebietsunabhängiger Ansatz). Außerhalb des Geltungsbereiches sind ebenfalls keine Lebensraumtypen bekannt, die im Wirkungsbereich des Planvorhabens liegen.

## 5.6 Artenschutz

### 5.6.1 Rechtliche Grundlagen

Der § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes enthält Verbotstatbestände hinsichtlich besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten. Die Definition des besonderen und strengen Schutzes ist in § 7 BNatSchG enthalten.

- § 44 Abs. 1, Nr. 1, 3 und 4 verbietet für besonders und streng geschützte Tierarten Jagd, Fang, Verletzung oder Tötung, die Entnahme aller Entwicklungsformen aus der Natur sowie die Zerstörung, Entnahme oder Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Für geschützte Pflanzen und ihre Standorte ist die Zerstörung, Beschädigung und die Entnahme aus der Natur verboten.
- § 44 Abs. 1 Nr. 2 verbietet die Störung streng geschützter Tierarten und europäischer Vogelarten während Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, wenn sich dadurch der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.

In § 44 Abs. 5 werden für zulässige Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen bzw. im Innenbereich nach § 34 BauGB Einschränkungen des Artenschutzes getroffen. Die Verbote nach § 44 gelten hier für nur national streng oder besonders geschützte Arten nicht. Die Zugriffsverbote auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten bzw. Pflanzenstandorte nach § 44 Abs. 1 gelten auch für europarechtlich streng geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie für europäische Vogelarten nicht, wenn die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bzw. Standorte im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Dies kann auch über vorgezogene Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion (continuous ecological functionality CEF) erreicht werden. Ist mit der zulässigen Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten unvermeidbar der Fang bzw. die Tötung von Individuen europarechtlich streng geschützter Arten bzw. europäischer Vogelarten verbunden, gilt das Verbot nach Absatz 1 Nr. 1 nicht. Das Störungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 gilt uneingeschränkt.

### 5.6.2 Vorkommen geschützter Arten im Gebiet

Anhand der Biotopausstattung wurde eine erste Einschätzung hinsichtlich des Vorhandenseins von besonders und streng geschützten Arten vorgenommen. Im Untersuchungsgebiet konnten demnach europarechtlich streng geschützte Brutvögel, und Falter nicht

ausgeschlossen werden. Zu diesen Tierarten wurde in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde ein faunistisches Gutachten erstellt. Weitere streng geschützte Tierartengruppen finden im Untersuchungsgebiet keine geeigneten Lebensräume. Die besonders geschützten und nur national streng geschützten Tierarten werden anhand der Biotopausstattung eingeschätzt und im Zuge der Eingriffsregelung im Umweltbericht berücksichtigt.

Das Büro für Landschaftsplanung Dr. Schuler wurde 2023 mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) beauftragt. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt eine Vorab- Kurzfassung zur Bestandsbeschreibung und Prognose der Feldlerchenpopulation vor.

Die direkt aus dem Gutachten übernommenen Textpassagen werden kursiv dargestellt.

Vögel:

*Acht Begehungen nach Südbeck et al. (2005). Die Vorgaben zur Kartierzeit und Wetterbedingungen sind bei den einzelnen Artensteckbriefen dargestellt. Eine Begehung nachts (Eulen & Rebhuhn) am 28.03.2023; und sechs Begehungen morgens (03.04., 26.04., 18.05., 04.06., 21.06., 07.07.2023).*

*Reptilien: 5 Begehungen nach Hachtel et al. (2009) mit Untersuchung der relevanten Habitatstrukturen am 29.05, 21.06., 07.07, 02.09., 26.09.2023.*

*Schmetterlinge: 2 Begehungen nach Albrecht et al. (2014) am 04.08, 17.09.2023.*

### 5.6.3 Prognose der Betroffenheit

Vögel:

*Auf der geplanten Baufläche wurden keine Brutvögel festgestellt. Außerhalb der Vorhabensfläche brütet die Feldlerche mit zwei (Erstbrut) bzw. einen (Zweitbrut) Brutpaar (s. folgende Abb.) In den umliegenden Bäumen wurde eine unterdurchschnittlich artenreiche Vogelgemeinschaft angetroffen. Hervorzuheben sind die Vorkommen von Feldsperling und Turmfalke, die auf der Vorwarnliste stehen. Als Nahrungsgäste wurden Bachstelze, Graureiher, Hohltaube, Mönchgrasmücke, Rotkelchen, Rotmilan, Sperber und Wacholderdrossel festgestellt, als Durchzügler die Rostgans.*

*... ist für das vorliegende Vorhaben davon auszugehen, dass die zwei Brutpaare der Feldlerche nicht betroffen sind, da die Revierzentren mindestens 95m vom Vorhaben entfernt liegen. Zudem sind noch Ausweichflächen im Umfeld vorhanden.*

*Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.*

Säugetiere:

*Es sind im Geltungsbereich des B-Planes keine Strukturen vorhanden, die als Quartiere für Fledermäuse dienen können. Das Gebiet ist aber vermutlich untergeordnetes Nahrungshabitat für Fledermäuse des Umfeldes. Relevante Leitstrukturen wie Baumreihen oder Baumhecken sind nicht vorhanden bzw. nicht betroffen. Das Nahrungshabitat wird durch die geplante Extensivierung eher verbessert. Eine Betroffenheit der Arten im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen. Vorkommen von weiteren artenschutzrechtlich relevanten Säugetierarten (Biber, Haselmaus) können aufgrund der Habitatstruktur ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit der Arten im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.*

Reptilien:

*Vorkommen von Reptilien wurden nicht festgestellt. Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.*

Schmetterlinge:

*Einzelne Pflanzen des Großen Wiesenknopfs, einer Pflanze, von der bekannt ist, dass sie Larven des Dunklen und Hellen Wiesenknopf-Ameisenbläulings beherbergt, wurden an Rand des Untersuchungsgebiets gefunden. Einen Nachweis des Dunklen oder Hellen Ameisenbläulings wurde im Zuge der Erhebungen nicht festgestellt. Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.*

Weitere Arten:

*Vorkommen bzw. eine Betroffenheit von weiteren artenschutzrechtlich relevanten Arten (Amphibien, Käfer, Libellen) wurde nicht festgestellt und kann auch aufgrund der Habitatstruktur ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.*

#### **5.6.4 Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen**

*V1: Baufeldberäumung:*

*Freiräumen des Baufelds zwischen dem 1.10. und Ende Februar. Bei einer Freiräumung des Baufeldes außerhalb der oben genannten Zeit sind ggf. im Vorgriff Vergrümmungsmaßnahmen einzuleiten und die Flächen regelmäßig auf das Vorhandensein von Vögeln zu kontrollieren. Bei Auffinden von Tieren ist das weitere Vorgehen mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Bei festgestellten Vogelbruten ist je nach Lage des Nestes der Beginn der Arbeiten anzupassen, der Brutplatz auszusparen oder der geplante Arbeitsbereich zu modifizieren.*

*V2: Eingrünung:*

*Verzicht auf eine dichte Eingrünung mit Sträuchern und Bäumen. Es sind allenfalls einzelne Strauchgruppen (kleinwüchsige Arten) im Verbund mit Blüh- oder Brachstreifen vorzusehen (Hochstaudenfluren).*

#### **5.6.5 Vorgezogene Maßnahmen (CEF)**

*Weitere CEF-Maßnahmen außerhalb des Solarparks sind daher nicht notwendig.*

### **5.7 Gewässerschutz**

**Wasserschutzgebiete**

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche durch die Planung berührt.

**Überschwemmungsgebiete**

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche durch die Planung berührt.

### **5.8 Denkmalschutz**

Im und angrenzend an den Geltungsbereich sind keine Boden- und Baudenkmale bekannt. Auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz wird hingewiesen.

### **5.9 Immissionsschutz**

Durch das Vorhaben sind keine Emissionen zu erwarten, die die Umgebung beeinträchtigen könnten.

## 5.10 Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Flächen werden in der „Flurbilanz 2022“ dargestellt. Ertragsfähigkeit sowie weitere Kriterien wie Hangneigung, Flächennutzung, Schlaggröße, Tierhaltung, Ökolandbau sowie Überschwemmungsflächen sind wertbestimmend. Die „Flurbilanz 2022“ löst die Wirtschaftsfunktionenkarte ab. Sie weist eine Differenzierung nach 5 Wertstufen auf.

Die Fläche befindet sich innerhalb der Vorbehaltsflur II.

### Vorbehaltsflur II:

*Die Vorbehaltsflur II umfasst überwiegend landbauwürdige Flächen (mittlere Böden), die der landwirtschaftlichen Nutzung größtenteils vorzubehalten sind. Fremdnutzungen sollten ausgeschlossen bleiben.*

Des Weiteren werden die landwirtschaftlichen Flächen in der „Flächenbilanzkarte“ gemäß ihrer Bodengüte bzw. Ertragsfähigkeit bewertet. Die Ertragsfähigkeit der Böden wird nach den Bodenarten, dem geologischen Untergrund, den Grundwasserverhältnissen sowie den klimatischen Gegebenheiten bewertet. Es erfolgt eine Einteilung in 4 Stufen.

Die Fläche befindet sich innerhalb der Vorrangfläche II.

### Vorrangfläche Stufe II:

*Landbauwürdige Flächen, mittlere Böden (Acker-/Grünlandzahl 35 - 59) mit geringer Hangneigung oder gute bis sehr guten Böden mit Hangneigung von 12 - 21 %.*

## 5.11 Wald und Waldabstandsflächen

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche durch die Planung berührt.

## 5.12 Altlasten

Liegen weder innerhalb des Geltungsbereiches, noch werden welche durch die Planung berührt.

## 6. Beschreibung der Umweltauswirkungen

### 6.1 Bestandsanalyse und Prognose der Umweltauswirkungen

In der Bestandsanalyse wird der Zustand der Umwelt vor Durchführung der Planung dokumentiert (Basisszenario) und in seiner Bedeutung hinsichtlich der Schutzgüter Mensch, Tiere/Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Klima/Luft, Landschaft und Kultur-/Sachgüter untersucht. Die Schutzgüter Tiere/Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft und Landschaft werden mit dem Bestandswert für die Eingriffsregelung in einer fünfstufigen Bewertungsmatrix angegeben. Die niedrigste Stufe ist hierbei „sehr geringe“ bzw. „keine“ Bedeutung für das betrachtete Schutzgut. Die Skala setzt sich mit „gering“, „mittel“, „hoch“ fort und endet mit der maximalen Bewertungsstufe „sehr hohe“ Bedeutung.

In der nachfolgenden Prognose wird die Planung (soweit möglich) dahingehend untersucht, ob bzw. welche möglichen, erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase für die Schutzgüter entstehen können. Diese Beeinträchtigungen wirken ggf. sowohl dauerhaft als auch vorübergehend. Eine Planung kann zudem negative Auswirkungen auf umliegende Flächen haben, z. B. durch Zerschneidungs- und Trennungseffekte oder durch schädliche Randeinflüsse.

#### 6.1.1 Schutzgut Mensch

Das Schutzgut Mensch betrachtet insbesondere die Nutzungsansprüche, die der Mensch an seine Umgebung hat. Es wird dabei der Wohnbereich sowie das unmittelbare Wohnumfeld berücksichtigt. Im Mittelpunkt steht die Landschaft als Erholungsraum für eine naturgebundene, ruhige Erholung. Es handelt sich dabei um umweltverträgliche Aktivitäten, wie Wandern, Spaziergehen und Naturerleben. Das Erholungspotenzial einer Landschaft wird durch die natürliche Eignung und die infrastrukturelle Ausstattung für Erholung und Freizeit gekennzeichnet. Des Weiteren werden Einwirkungen auf den menschlichen Organismus und die Erholung erfasst und bewertet.

##### **Bestand**

Der Geltungsbereich befindet sich in der Gemeinde Frankenhardt südöstlich des Teilortes Steinehaig. Im Westen verläuft in geringer Entfernung die Kreisstraße K 2665. Ebenso verläuft im Westen direkt angrenzend eine Stromleitung.

Die Fläche befindet sich in einer großen landwirtschaftlichen Fläche die momentan als Intensivgrünland genutzt wird. Im Süden verläuft der Seelesbach.

Erholungseinrichtungen befinden sich keine innerhalb des Geltungsbereiches.

##### **Prognose**

Durch die geplante, großflächige Photovoltaikanlage verändert sich das Landschaftsbild. Es werden keine Verbindungswege für die Naherholung beeinträchtigt. Durch die geplanten Eingrünungen werden die negativen Auswirkungen abgemildert. Die Erholungsfunktion der umliegenden Bereiche wird durch das Vorhaben nicht erheblich beeinträchtigt.

#### 6.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Das Schutzgut Tiere und Pflanzen gibt das Vermögen einer Landschaft wieder, dauerhaften Lebensraum für heimische Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensgemeinschaften zu bieten. Neben Lebensräumen (Biotopen) für seltene und bedrohte Arten werden auch alle anderen, zum Teil anthropogen geprägte Lebensräume erfasst und hinsichtlich ihrer Eignung als Lebensraum bewertet.

### **Bestand**

Der Bestand der im Mai 2023 kartierten Biotoptypen ist dem Anhang 1 (Bestand Biotoptypen) zu entnehmen. Die Biotoptypen werden nach dem Schlüssel zur Erfassung, Beschreibung und Bewertung von Arten, Biotope und Landschaft (LUBW 2018) beschrieben.

Die Fläche der geplanten Freiflächenphotovoltaikanlage befindet sich südöstlich des Teilortes Steinehaig auf einer Ackerfläche, die momentan als Rotationsgrünland genutzt wird. Im Süden reicht entlang eines Wassergrabens eine geschützte Feldhecke in den Geltungsbereich hinein.

Im Bereich des Bebauungsplans konnte anhand der Biotopausstattung das Vorkommen streng geschützter Brutvögel des Offenlandes sowie Falter nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wurde das Büro für Landschaftsplanung Dr. Schuler mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) beauftragt. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt eine Vorab- Kurzfassung zur Bestandsbeschreibung und Prognose der Feldlerchenpopulation vor. Die Ergebnisse der Vorab- Kurzfassung werden in Kapitel 5.6 „Artenschutz“ zusammengefasst.

### **Prognose**

Auf ca. 6 ha größtenteils Rotationsgrünland wird eine Freiflächenphotovoltaikanlage angelegt. Hierfür werden die Flächen nach Aufstellen der Module in eine magere Wiesenfläche umgewandelt. Die Module werden durch Punktfundamente fixiert. Somit kommt es zu einer Versiegelung von unter 5 % der Gesamtfläche.

In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde kann auf eine Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung im Bebauungsplanverfahren bei Freiflächenphotovoltaikanlagen verzichtet werden. Ein Rückbau kann rückstandslos erfolgen. Dadurch, dass eine Düngung der Fläche ausgeschlossen wird und die Nutzung extensiv erfolgen soll, kann von einer ökologischen Aufwertung ausgegangen werden. Zudem können die Umzäunung und die Module selbst als Singwarten und Ansitzmöglichkeiten für die Nahrungssuche von Vögeln dienen.

Das kartierte Feldheckenbiotop wird in einer flächenhaften Pflanzbindung festgesetzt. Der naturschutzfachlich sensible Bereich um dieses Biotop und der Bereich entlang des Wassergrabens werden in eine Maßnahmenfläche, die eine Extensivierung vorsieht, integriert.

## **6.1.3 Schutzgut Boden**

Für die Bewertung des Schutzguts Boden wird seine Leistungsfähigkeit für den Naturhaushalt betrachtet. Gegenstand der Analyse sind gemäß § 2 BBodSchG die nachfolgend dargestellten Funktionen:

- **Natürliche Bodenfruchtbarkeit**  
Die Natürliche Bodenfruchtbarkeit charakterisiert die Eignung eines Bodens für das Pflanzenwachstum, und damit die Produktion von Biomasse und Nahrungsmitteln. Sie wird im Wesentlichen über den Bodenwasserhaushalt bestimmt, da dieser Rückschlüsse über die Durchwurzelbarkeit und den Lufthaushalt zulässt.
- **Ausgleichskörper im Wasserkreislauf**  
Böden wirken als Wasserspeicher, da sie Niederschlagswasser in ihrem Porensystem aufnehmen und verzögert an das Grundwasser abgeben. Sie tragen somit zum natürlichen Hochwasserschutz und der Abflussregulierung bei. Für die Bewertung werden daher die Wasserleitfähigkeit sowie das Wasserspeichervermögen herangezogen.
- **Filter und Puffer für Schadstoffe**  
Böden besitzen die Fähigkeit (Schad-) Stoffe aufzunehmen und zu binden. Dies geschieht zum einen durch eine mechanische Filtrierung, die Pufferung von gelösten Stoffen durch Anhaftung an Tonminerale und Huminstoffe sowie zum anderen durch chemische Fällung und Festlegung. So verhindern Böden einen Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser.

- Sonderstandort für die naturnahe Vegetation  
(wenn vorhanden)
- Archive der Natur- und Kulturgeschichte  
(wenn vorhanden)

#### **Bestand**

Das Planungsgebiet befindet sich in den Schwäbisch-Fränkischen Waldbergen. Der geologische Untergrund besteht aus Verwitterungs-/Umlagerungsbildung im Übergang zur Grabfeld-Formation (Gipskeuper). Die sich darauf ausgebildeten Bodentypen setzen sich zum einen aus Kolluvium-Pseudogley (k19r) zum anderen aus Pararendzina und Pelosol-Pararendzina aus Fließerde über Ton- und Mergelsteinersatz (k1) zusammen. Die Bodenart im Planungsgebiet ist Ton im Wechsel mit Lehm über Ton im Übergang zu Lehm im Wechsel mit Lehm über Ton. Die Bodenfunktionen werden in den Karten des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Boden bewertet. Einen speziellen Standort für die Vegetation bietet der Boden des Planungsgebietes nicht.

Ein Bodenschutzkonzept nach § 2 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) ist im Rahmen des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren nicht erforderlich, jedoch im Zuge des konkreten Bauantrags.

#### **Bewertung für Eingriffsregelung**

mittlere bis hohe Bodenfunktionserfüllung

#### **Prognose**

In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde kann auf eine Eingriffs-Ausgleichsbilanz im Bebauungsplanverfahren in diesem Fall verzichtet werden.

Die Module werden durch Punktfundamente fixiert. Somit kommt es zu einer Versiegelung von unter 5 % der Gesamtfläche. Somit bleiben die Bodenfunktionen und der Lebensraum für Bodenorganismen und Pflanzen weitestgehend erhalten. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts Boden ist daher als unerheblich einzustufen.

### **6.1.4 Schutzgut Fläche**

Das Schutzgut Fläche ist eng verzahnt mit dem Schutzgut Boden bzw. überlagert sich teilweise mit diesem. Anders als um die konkreten und verschiedenen Funktionen des Bodens geht es nun jedoch um die Nutzung von Boden bzw. Fläche. Dazu werden neben der Nutzung an sich auch die Eignung der Nutzung an vorhandener Stelle sowie der Verbund mit anderen umliegenden Flächen (z. B. Trittsteine oder Zerschneidungseffekte) dargestellt. In der Prognose werden dann die geplanten Nutzungen ebenso beleuchtet wie die Fragen, in wie weit sie am geplanten Standort sinnvoll erscheinen (z. B. Zersiedelung) oder andere Nutzungsarten vorzuziehen wären und wie effizient mit der Fläche umgegangen wird. Zielkonflikte zwischen einer Durchgrünung und Auflockerung von Flächen und einer effizienten, verdichteten Nutzung können dabei nicht ausgeschlossen werden. Des Weiteren erfolgt mit ggf. entstehenden Restflächen und deren (wirtschaftlichen) Nutzbarkeit innerhalb sowie außerhalb des Planungsgebietes eine Auseinandersetzung. Auch hier spielen Trennungseffekte eine Rolle.

Das Schutzgut Fläche soll damit die Versiegelung im Sinne des Flächenverbrauches thematisieren, so weit sinnvoll möglich reduzieren (Nachhaltigkeitsziele) und eine Art Alarmfunktion für unnötigen Flächenverbrauch einnehmen. Trotzdem obliegt es letztlich der Planungshoheit der Gemeinde, wie welche Fläche genutzt wird. Ein Rechtsanspruch auf die geeignetste Nutzung ergibt sich nicht.

#### **Bestand**

Der Geltungsbereich befindet sich in der Gemeinde Frankenhardt südwestlich des Teilortes Steinehaig. Die Anlage ist auf einer Teilfläche des Flurstückes 665 geplant. Die westliche

Teilfläche Richtung Kreisstraße K2665 wurde aus dem Bebauungsplan herausgenommen, da hier eine Stromleitung das Flurstück quert.

Das gesamte Flurstück 665 sowie die beiden Flurstücke 664 und 663 werden zusammen bewirtschaftet und momentan als Rotationsgrünland genutzt. Nach Westen begrenzt die Kreisstraße das Flurstück. Im Norden sowie Süden verlaufen Feldwege.

#### **Prognose**

Die landwirtschaftlichen Flächen innerhalb des Geltungsbereiches werden in Wiesenflächen umgewandelt. Eine Beweidung ist möglich. Die Module werden durch Punktfundamente fixiert. Somit kommt es zu einer Versiegelung von unter 5 % der Gesamtfläche. Ein Rückbau kann rückstandslos erfolgen. Die Bodenfunktionen bleiben weitestgehend erhalten. Langfristig geht der Boden als Lebensraum für Bodenorganismen und Pflanzen nicht verloren. Erhebliche Eingriffe in das Schutzgut Fläche sind somit nicht zu erwarten.

### **6.1.5 Schutzgut Wasser**

Das Schutzgut Wasser setzt sich aus dem Grundwasser und Oberflächenwasser zusammen, die getrennt betrachtet werden. Oberflächenwasser werden an dieser Stelle zwar thematisiert, die Bewertung erfolgt jedoch über das Schutzgut Tiere und Pflanzen. Zur Beurteilung des Schutzguts Wasser wird daher das Grundwasserdargebot sowie die -neubildung betrachtet. Sie ergibt sich aus der Durchlässigkeit der vorkommenden Gesteinsformation als Hauptkriterium. Nebenkriterium, das jedoch nur in Ausnahmefällen herangezogen wird, ist die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung.

#### **Bestand**

Geologisch befindet sich die Fläche in der Grabfeld-Formation (Gipskeuper) im Übergang zur Verwitterungs- / Umlagerungsbildung. Der Gipskeuper bildet einen Grundwasserleiter bzw. Grundwassergeringleiter. Die Verwitterungs- / Umlagerungsbildung ist als Sediment eingestuft.

Im Süden verläuft von Richtung der Kreisstraße ein Wassergraben, der später in den Seeslesbach mündet. Entlang des Gewässers ist ein Gewässerrandstreifen von 10 m zu beachten.

#### **Bewertung für Eingriffsregelung**

geringe Bedeutung für Grundwasserdargebot und -neubildung

#### **Prognose**

Die Module werden durch Punktfundamente fixiert. Somit kommt es zu einer Versiegelung von unter 5 % der Gesamtfläche und damit zu keiner nennenswerten Versiegelung auf der Fläche. Die landwirtschaftlichen Flächen werden in eine magere Wiesenfläche umgewandelt. Das Regenwasser kann weiterhin auf der Fläche versickern.

Es kommt zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser.

### **6.1.6 Schutzgut Klima und Luft**

Das Schutzgut Klima und Luft betrachtet lokale und regionale Luftaustauschprozesse und raumstrukturelle Gegebenheiten. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Funktion einer Fläche bioklimatischen und lufthygienischen Belastungen auf einen Wirkraum (insbesondere Siedlung) entgegenzuwirken, sie zu vermindern oder zu verhindern. Besonders relevant sind hierbei offene, unversiegelte Flächen zur Bildung von Kaltluft (beispielsweise Acker- und Wiesenflächen), Hänge, Rinnen und Täler, die die gebildete Kaltluft in belastete Wirkräume transportieren (Kaltluftleitbahnen). Des Weiteren tragen flächige Gehölzstrukturen zur



Erhöhung der Luftfeuchtigkeit, der Milderung von Klimaextremen und zur lufthygienischen Reinigung bei.

Die Bewertung des Schutzgutes erfolgt verbal-argumentativ.

#### **Bestand**

Der Geltungsbereich befindet sich auf einer großen Ackerfläche. Diese wird von allen Seiten von Wegen oder der Kreisstraße begrenzt. Die Fläche neigt sich leicht nach Osten.

#### **Bewertung für Eingriffsregelung**

mittlere Bedeutung für Klima- und Lufthaushalt

#### **Prognose**

Die landwirtschaftlichen Flächen werden in Wiesenflächen mit Solarmodulen umgewandelt. Durch die geplante Photovoltaikanlage kommt es zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima.

### **6.1.7 Schutzgut Landschaft**

Um eine nachvollziehbare und vom Betrachter losgelöste Bewertung des Schutzgutes Landschaft zu erreichen werden objektive und z. T. messbare Kriterien herangezogen. In erster Linie dienen die Kriterien „Vielfalt“ und „Eigenart“ zur Kategorisierung. Unter Vielfalt wird dabei die Ausstattung mit Elementen und Merkmalen, die den Landschaftsausschnitt strukturieren verstanden. Solche Elemente sind beispielsweise Feldgehölze und Hecken, Bachläufe, Einzelbäume und Baumgruppen. Sie werden um Merkmale wie das Relief ergänzt. Eigenart wird durch die naturräumlichen Gegebenheiten bzw. das Vorkommen und die Ausprägung naturraumtypischer und prägender Landschaften charakterisiert. Begleitet werden diese beiden Hauptkriterien von einer Reihe von Nebenkriterien, wie Einsehbarkeit, Natürlichkeit, Zugänglichkeit, Geräusche und Gerüche sowie Erreichbarkeit.

Die Bewertung des Schutzgutes erfolgt verbal-argumentativ.

#### **Bestand**

Die Fläche der geplanten Freiflächenphotovoltaikanlage befindet sich auf einer großen Ackerfläche südwestlich von Steinehaig. Im Westen verläuft die Kreisstraße K 2665 sowie eine Stromleitung. Weiter Richtung Süden außerhalb des Geltungsbereiches steigt das Gelände an. Somit ist die Fläche von Norden, Westen und Osten her einsehbar.

#### **Bewertung für Eingriffsregelung**

mittlere Bedeutung für das Landschaftsbild

#### **Prognose**

Durch die geplante, großflächige Photovoltaikanlage verändert sich das Landschaftsbild. Die Fläche ist gut einsehbar. Es werden keine Verbindungswege für die Naherholung beeinträchtigt. Die Erholungsfunktion der umliegenden Bereiche wird durch das Vorhaben nicht erheblich beeinträchtigt.

Die Photovoltaikfläche wird zur freien Landschaft mit verschiedenen Maßnahmen und Pflanzgeboten eingegrünt, um die Störungen für das Landschaftsbild abzumildern.

### **6.1.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter**

Kulturgüter sind bauliche, gärtnerische oder sonstige Anlagen von geschichtlichem, wissenschaftlichem, künstlerischem, archäologischem, städtebaulichem oder kulturlandschaftsprägendem Wert. Sie unterfallen zumeist dem Denkmalschutz oder sind als

Landschaftsschutzgebiet oder Naturdenkmal erfasst. Als Sachgüter gelten natürliche oder menschengeschaffene Güter, die für Einzelne, besondere Gruppen oder die Gesellschaft insgesamt von materieller Bedeutung sind.

Die Bewertung des Schutzgutes erfolgt verbal-argumentativ.

#### **Bestand**

Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich keine Kultur- und Sachgüter. Im Westen befindet sich eine Stromleitung direkt am Geltungsbereich entlang.

#### **Prognose**

Es ergeben sich durch die vorliegende Planung keine erheblichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.

### **6.1.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern**

Zwischen den Schutzgütern besteht ein enges Wirkungsgeflecht, das den Naturhaushalt als komplexes Gefüge kennzeichnet. So kann die Veränderung eines Schutzgutes negative Wirkungen auf andere Schutzgüter entfalten, aber auch positive Effekte bewirken (Summations- und Aufhebungswirkungen). Wasser, Boden und kleinklimatische Verhältnisse bestimmen gemeinsam mit der menschlichen Nutzung die Standortbedingungen für die Vegetation. Die klimatischen Verhältnisse und die Luftqualität beeinflussen das menschliche Wohlbefinden. Auch Landschaftsbild und Mensch beeinflussen sich gegenseitig: Der Mensch gestaltet die Kulturlandschaft, deren Verarmung oder Störung wiederum die Erholungseignung verringert. Die Versiegelung von Boden behindert einerseits die Grundwasserbildung, andererseits werden mögliche Schadstoffeinträge ins Grundwasser erschwert.

### **6.1.10 Auswirkungen von schweren Unfällen und Katastrophen auf die Schutzgüter und ihre Wechselwirkungen**

Dieses Kapitel stellt kein Schutzgut im eigentlichen Sinne dar. Es soll vielmehr die Risiken und damit die möglichen Auswirkungen, die durch Unfälle und Katastrophen vom Bebauungsplan auf die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (also die Schutzgüter inklusive ihrer Wechselwirkungen sowie Natura 2000-Gebieten) ausgehen, gesammelt darstellen. Dabei geht es weniger um theoretisch mögliche, jedoch äußerst unwahrscheinliche Szenarien als vielmehr um realistische und durchaus auch eintretende Ereignisse. Dennoch sind unter den Stichworten „Unfälle“ und „Katastrophen“ Gefahren gemeint, die über das alltägliche und allgegenwärtige Risiko (z. B. Autounfälle, kleinere Unfälle im Zusammenhang mit der Bauphase) hinausgehen. Auslöser können sowohl menschlichen als auch natürlichen Ursprungs sein.

#### **Prognose**

Es liegen keine Informationen vor, dass durch die geplante Ausweisung von Freiflächenphotovoltaikanlagen erhebliche Auswirkungen durch Unfälle oder Katastrophen zu erwarten wären.

## **6.2 Entwicklungsprognose ohne Umsetzung der Planung**

Bei Nicht-Durchführung der Planung (Nullvariante) bliebe die aktuelle Nutzung des Geländes auf absehbare Zeit erhalten. Dadurch würde die Situation bezüglich der Umweltbelange mit den in der Bestandsanalyse beschriebenen Funktionen und Belastungen unverändert bleiben.

### **6.3 Alternative Planungsmöglichkeiten**

Einschränkend ist festzuhalten, dass die Pflicht zur Prüfung von Alternativen nach den allgemeinen Grundsätzen zu beschränken ist "auf das, was (...) angemessenerweise verlangt werden kann" (§ 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB). Flächenmäßige Alternativen wurden bereits bei Aufstellung des Flächennutzungsplanes untersucht.

Das Projekt entspricht dem Kriterienkatalog für Freiflächenphotovoltaikanlagen der Gemeinde Frankenhardt. Hinsichtlich der Umweltauswirkungen ist nicht mit größeren Eingriffen zu rechnen, als bei anderen Plangebieten.

## **7. Maßnahmenkonzeption**

### **7.1 Maßnahmen gemäß Biotopschutz**

Die vorhandene Feldhecke wird durch eine Pflanzbindung sowie die Ausweisung einer privaten Grünfläche geschützt. Somit kommt es zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen des geschützten Biotopes.

### **7.2 Maßnahmen gemäß Erhaltungsgebot Streuobstbestände**

Maßnahmen zum Schutz von Streuobstbeständen sind nicht notwendig.

### **7.3 Maßnahmen gemäß Artenschutzvorschriften**

Diese Maßnahmen gemäß Artenschutzvorschriften sind zur Vermeidung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG zwingend umzusetzen und somit einer Abwägung nicht zugänglich.

#### **7.3.1 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen von Verbotstatbeständen**

Zum Schutz der Brutvögel während der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere sollen folgende Maßnahmen gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG umgesetzt werden.

- Baufeldfreimachung zwischen Anfang März bis Ende September.
- Alternativ Vergrämung ab Mitte Februar durch regelmäßiges Grubbern.

#### **7.3.2 Vorgezogene Maßnahmen (CEF)**

Vorgezogene Maßnahmen (CEF) sind nicht notwendig.

### **7.4 Maßnahmen für Lebensraumtypen gemäß der FFH-Richtlinie**

Maßnahmen zum Schutz von Lebensraumtypen gemäß der FFH-Richtlinie sind nicht notwendig.

### **7.5 Maßnahmen für Krisenfälle**

Maßnahmen für Krisenfälle sind nicht notwendig.

## **8. Zusätzliche Angaben**

### **8.1 Lücken und Defizite des Umweltberichtes**

Folgende Fragestellungen konnten in der Umweltprüfung nicht abschließend geklärt werden:

- keine bekannt

### **8.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung (Monitoring)**

Seitens des Vorhabenträgers ist nach Abschluss der Baumaßnahmen der Zustand der festgesetzten Maßnahmen, Pflanzgebote und Flächen oder Maßnahmen zur Entwicklung von Natur und Landschaft auf privaten Flächen durch Ortsbesichtigungen zu prüfen.

Eine ökologische Baubegleitung kann sinnvoll sein, um u. a. die in den Prognosen genannten baubedingten Auswirkungen ggf. zu vermeiden und zu minimieren sowie die festgesetzten Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen sachgerecht umzusetzen.

### **8.3 Zusammenfassung**

Seit dem Jahr 2021 befasst sich der Gemeinderat Frankenhardt mit dem Thema Freiflächenphotovoltaikanlagen. Es wurde beschlossen einen Kriterienkatalog aufzustellen, um die Entwicklung solcher Anlagen im Gemeindegebiet insgesamt zu steuern. Der Kriterienkatalog wurde am 13.12.2021 in öffentlicher Sitzung verabschiedet. Anschließend konnten Anträge für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen gestellt werden.

Von den eingegangenen Anträgen wurde das vorliegende Vorhaben vom Gemeinderat positiv beschieden und zur Umsetzung ausgewählt, da diese nach Lage und grundsätzlichem Konzept die Vorgaben des Kriterienkataloges erfüllt.

Der Vorhabenträger möchte südöstlich von Steinehaig auf dem östlichen Teil des Flurstücks 665 eine Freiflächenphotovoltaikanlage errichten. Eine Einspeisezusage liegt vor, so dass eine Umsetzung des Projektes möglich ist.

Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sind zwar Anlagen zur Wind- und Wasserenergiegewinnung im Außenbereich zulässig, nicht jedoch Freiflächenphotovoltaikanlagen in dieser Dimension. Somit ergibt sich die Notwendigkeit, mittels eines Bebauungsplanes die notwendige planungsrechtliche Grundlage zur Realisierung des Vorhabens zu schaffen.

Der Geltungsbereich befindet sich in der Gemeinde Frankenhardt südwestlich des Teilortes Steinehaig. Damit liegt die Fläche in der Großlandschaft des Schwäbischen Keuper-Lias Land und im Naturraum Schwäbisch-Fränkische Waldberge.

Der Geltungsbereich umfasst eine Größe von ca. 6 ha und wird momentan als Grünlandanbau bewirtschaftet. Im Westen verläuft eine Stromleitung und im Süden grenzt ein Bachlauf an.

Der Untersuchungsumfang umfasst eine Nutzungs- und Biotoptypenkartierung vom Mai 2023 sowie die Auswertung von Kartenmaterial zu Geologie und Boden. Als Ergebnis einer Relevanzeinschätzung vom 23.02.2023 zur Festlegung des Untersuchungsrahmens wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Beauftragung einer artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) vereinbart.

Das Büro für Landschaftsplanung Dr. Schuler wurde 2023 mit einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) beauftragt. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt eine Vorab- Kurzfassung zur Bestandsbeschreibung und Prognose der Feldlerchenpopulation vor.

Unter Einhaltung der Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen kommt die Vorab- Kurzfassung zu dem Schluss, dass Betroffenheiten im artenschutzrechtlichen Sinne ausgeschlossen sind.

Folgende Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen von Verbotstatbeständen zum Schutz der Brutvögel während der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere sollen gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG im Zuge des Bebauungsplanverfahrens festgesetzt werden.

- Baufeldfreimachung zwischen Anfang März bis Ende September.
- Alternativ Vergrämung ab Mitte Februar durch regelmäßiges Grubbern.

Innerhalb des Geltungsbereiches liegt ein gesetzlich geschütztes Biotop nach § 33 NatSchG im Offenland, eine Feldhecke mittlerer Standorte. Das kartierte Feldheckenbiotop wird in einer flächenhaften Pflanzbindung geschützt. Der naturschutzfachlich sensible Bereich um dieses Biotop und der Bereich entlang des Wassergrabens werden in eine Maßnahmenfläche, die eine Extensivierung vorsieht, integriert.

Auf ca. 6 ha größtenteils Rotationsgrünland wird eine Freiflächenphotovoltaikanlage angelegt. Hierfür werden die Flächen nach Aufstellen der Module in eine magere Wiesenfläche umgewandelt. Die Module werden durch Punktfundamente fixiert. Somit kommt es zu einer Versiegelung von unter 5 % der Gesamtfläche.

In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde kann im Zuge des Bebauungsplanverfahrens auf eine Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung bei Freiflächenphotovoltaikanlagen verzichtet werden. Ein Rückbau kann rückstandslos erfolgen. Dadurch, dass eine Düngung der Fläche ausgeschlossen wird und die Nutzung extensiv erfolgen soll, kann von einer ökologischen Aufwertung ausgegangen werden. Zudem können die Umzäunung und die Module selbst als Singwarten und Ansitzmöglichkeiten für die Nahrungssuche von Vögeln dienen. Die Bodenfunktionen und der Lebensraum für Bodenorganismen und Pflanzen bleiben weitestgehend erhalten. Das Regenwasser kann weiterhin auf der Fläche versickern.

Es ergeben sich durch die vorliegende Planung keine erheblichen Beeinträchtigungen für die untersuchten Schutzgüter.

Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens werden, zur Eingrünung der Fläche innerhalb des Geltungsbereiches, Pflanzgebote und Maßnahmen festgesetzt. Vorgesehen werden beispielsweise Heckenstreifen und Buntbrachen.

## 8.4 Referenzliste

<b>Titel</b>	<b>Verfasser / Herausgeber</b>	<b>Datum</b>
Daten- und Kartendienst	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg	2023
eigene Erhebungen	Kreisplanung	Februar 2023
Empfehlungen für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung sowie Ermittlung von Art und Umfang von	Prof. Dr. C. Küpfer / Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg	Oktober 2005

Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umsetzung		
Vorab Kurzfassung, spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)	Büro für Landschaftsplanung und Artenschutz, Dr. Schuler,	17.11.2023
Kartieranleitung Offenland-Biotopkartierung Baden-Württemberg	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg	März 2016
Arten, Biotope, Landschaft - Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg	November 2018
Ökokonto-Verordnung Baden-Württemberg	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg / Landtag Baden-Württemberg	19.12.2010
Flurbilanz 2022 Flächenbilanzkarte Landkreis Schwäbisch Hall	Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum Schwäbisch Gmünd	November 2023

Tabelle 1: Referenzliste

# FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG "FREIFLÄCHENPHOTOVOLTAIKANLAGE MESSERSCHMIDT"






IN STEINEHAIG

1:1.500




ANHANG 1: BESTANDSPLAN BIOTOPTYPEN

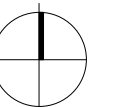


## ZEICHENERKLÄRUNG (innerhalb des Geltungsbereiches)

-  33.62 Rotationsgrünlandansaat oder Grünlandansaat
-  41.22 Feldhecke mittlerer Standorte
-  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)
-  Bestehende Grundstücksgrenzen
-  gemäß § 33 NatSchG geschütztes Biotop (Vorort-Kartierung)

## ZEICHENERKLÄRUNG (außerhalb des Geltungsbereiches)

-  12.21 Mäßig Ausgebauter Bachabschnitt
-  12.60 Graben
-  gemäß § 33 NatSchG geschütztes Biotop (Amtliche Kartierung)







FB Natur- und Immissionsschutz/Gewaufs.  
Als Untere Naturschutzbehörde

**Bau- und Umweltamt, FB Kreisplanung**

Standort: Karl-Kurz-Straße 44  
Postfach 110453  
74507 Schwäbisch Hall  
Tel:  
E-Mail:

Datum: 23.02.2023  
Aktenzeichen: 33.4 – 6709

### **Artenschutzrechtliche Untersuchungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ in Steinehaig**

Sehr geehrter Damen und Herren

nach einer Ortsbesichtigung am 29.09.2022 zum geplanten vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Messerschmidt“ in Steinehaig schätzen wir die potenzielle Betroffenheit von streng geschützten Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie bzw. gemäß Vogelschutz-Richtlinie wie folgt ein:

Die Gemeinde möchte eine Freiflächenphotovoltaikanlage als vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufstellen. Die Fläche befindet sich südöstlich der Ortschaft Steinehaig auf dem Flurstück 665. Das gesamte Flurstück wird aktuell als Grünland bewirtschaftet. Im westlichen Teilbereich verläuft eine Stromleitung. Entlang der westlich liegenden Kreisstraße stehen Obstbäume auf der Straßenböschung. Südlich der Fläche verläuft ein geschotterter Feldweg. Hier befindet sich ein Graben sowie eine einreihige Hecke. Der Graben mündet weiter östlich in den Seelesbach.

Die Hecke ist auf Grund ihrer Länge ein gesetzlich geschütztes Biotop.  
Der Streuobstbestand ist auf Grund seiner Größe kein gesetzlich geschützter Bestand.

Das Vorkommen von streng geschützten Pflanzenarten wird durch eine Biotopkartierung im Frühjahr 2023 überprüft.

Der Geltungsbereich muss auf Grund der vorhandenen Stromleitung sicherlich nach Osten verschoben werden. Daher sollten die Flächen doch auf Offenlandbrüter hin untersucht werden.

Entlang des Grabens sowie des Baches könnte ein Potential für den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling vorhanden sein.

Für folgende Tierarten bzw. Tierartengruppen kann eine Betroffenheit durch die Planung nicht hinreichend sicher ausgeschlossen werden, weshalb ein Gutachten beauftragt werden soll:

- Falter

- Offenlandarten

Weitere Lebensräume für streng geschützte Tierarten sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden. Besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten werden im Zuge der Eingriffsregelung berücksichtigt. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie dieser Einschätzung zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen



**Fachbeitrag Artenschutz zur  
artenschutzrechtlichen Prüfung bezüglich der  
Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG  
für den Bebauungsplan  
„FFA Steinehag Messerschmidt“  
Gemeinde Frankenhardt**

**Vorab-Kurzfassung**

- Bestandsbeschreibung
- Prognose Feldleche

**17.11.2023**

**Auftraggeber:**

Auftragnehmer:



**DR. ANDREAS SCHULER**

Büro für Landschaftsplanung  
und Artenschutz

Schützenstraße 32

89231 Neu-Ulm

[info@schuler-landschaft.de](mailto:info@schuler-landschaft.de)

[www.schuler-landschaft.de](http://www.schuler-landschaft.de)

Bearbeitung:

<b>1 Einleitung</b> .....	<b>3</b>
1.1 Lage und Abgrenzung des Untersuchungsgebietes .....	3
<b>2 Vorgehensweise</b> .....	<b>4</b>
2.1 Untersuchungsumfang und Begehungsdaten .....	4
<b>3 Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität</b> .....	<b>4</b>
3.1 Voraussichtliche Maßnahmen zur Vermeidung .....	4
3.2 Mögliche Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG)	4
<b>4 Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten</b> .....	<b>5</b>
4.1 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie .....	5
4.1.1 Säugetiere .....	5
4.1.2 Reptilien.....	5
4.1.3 Schmetterlinge.....	5
4.1.4 Weitere Arten.....	5
4.2 Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten nach Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie.....	5
<b>5 Prognose Feldlerche</b> .....	<b>8</b>
5.1 Verwendete Unterlagen.....	8
5.2 Prognose Betroffenheit Feldlerche .....	10
<b>6 Verwendete Literatur</b> .....	<b>11</b>

# 1 Einleitung

## 1.1 Lage und Abgrenzung des Untersuchungsgebietes

Der Betrachtungsraum der artenschutzrechtlichen Prüfung umfasst das Vorhabensgebiet und den daran angrenzenden Wirkraum von mindestens 150 m (Kulissenwirkung Feldlerche). Die Lage des Untersuchungsgebietes ist aus Abb. 1 ersichtlich.



Abb. 1: Lage der Untersuchungsfläche (Rot=Untersuchungsfläche, Schwarz=Geltungsbereich)

## 2 Vorgehensweise

### 2.1 Untersuchungsumfang und Begehungsdaten

Die naturschutzfachlichen Angaben wurden anhand der Ergebnisse von folgenden Geländebegehungen durchgeführt:

**Vögel:** Acht Begehungen nach Südbeck et al. (2005). Die Vorgaben zur Kartierzeit und Wetterbedingungen sind bei den einzelnen Artensteckbriefen dargestellt. Eine Begehung nachts (Eulen & Rebhuhn) am 28.03.2023; und sechs Begehungen morgens (03.04., 26.04., 18.05., 04.06., 21.06., 07.07.2023).

**Reptilien:** 5 Begehungen nach Hachtel et al. (2009) mit Untersuchung der relevanten Habitatstrukturen am 29.05., 21.06., 07.07., 02.09., 26.09.2023.

**Schmetterlinge:** 2 Begehungen nach Albrecht et al. (2014) am 04.08., 17.09.2023.

## 3 Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

### 3.1 Voraussichtliche Maßnahmen zur Vermeidung

#### V1: Baufeldberäumung:

Freiräumen des Baufelds zwischen dem 1.10. und Ende Februar. Bei einer Freiräumung des Baufeldes außerhalb der oben genannten Zeit sind ggf. im Vorgriff Vergrämuungsmaßnahmen einzuleiten und die Flächen regelmäßig auf das Vorhandensein von Vögeln zu kontrollieren. Bei Auffinden von Tieren ist das weitere Vorgehen mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Bei festgestellten Vogelbruten ist je nach Lage des Nestes der Beginn der Arbeiten anzupassen, der Brutplatz auszusparen oder der geplante Arbeitsbereich zu modifizieren.

#### V2: Eingrünung

Um die Kulissenwirkung möglichst gering zu halten ist auf eine durchgehende hohe Eingrünung zu verzichten. Es wird ein Hochstaudensaum mit allenfalls eingestreuten Gehölzgruppen empfohlen.

### 3.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG)

keine

## **4 Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten**

### **4.1 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie**

#### **4.1.1 Säugetiere**

Es sind im Geltungsbereich des B-Planes keine Strukturen vorhanden, die als Quartiere für Fledermäuse dienen können. Das Gebiet ist aber vermutlich untergeordnetes Nahrungshabitat für Fledermäuse des Umfeldes. Relevante Leitstrukturen wie Baumreihen oder Baumhecken sind nicht vorhanden bzw. nicht betroffen.

Das Nahrungshabitat wird durch die geplante Extensivierung eher verbessert. Eine Betroffenheit der Arten im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.

Vorkommen von weiteren artenschutzrechtlich relevanten Säugetierarten (Biber, Haselmaus) können aufgrund der Habitatstruktur ausgeschlossen werden.

Eine Betroffenheit der Arten im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.

#### **4.1.2 Reptilien**

Vorkommen von Reptilien wurden nicht festgestellt. Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.

#### **4.1.3 Schmetterlinge**

Einzelne Pflanzen des Große Wiesenknopfs, einer Pflanze, von der bekannt ist, dass sie Larven des Dunklen und Hellen Wiesenknopf-Ameisenbläulings beherbergt, wurden an Rand des Untersuchungsgebiets gefunden. Einen Nachweis des Dunklen oder Hellen Ameisenbläulings wurde im Zuge der Erhebungen nicht festgestellt.

Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.

#### **4.1.4 Weitere Arten**

Vorkommen bzw. eine Betroffenheit von weiteren artenschutzrechtlich relevanten Arten (Amphibien, Käfer, Libellen) wurden nicht festgestellt und kann auch aufgrund der Habitatstruktur ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.

### **4.2 Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten nach Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie**

Auf der geplanten Baufläche wurden keine Brutvögel festgestellt. Außerhalb der Vorhabensfläche brütet die Feldlerche mit zwei (Erstbrut) bzw. einen (Zweitbrut) Brutpaar (s. folgende Abb.)

In den umliegenden Bäumen wurde eine unterdurchschnittlich artenreiche Vogelgemeinschaft angetroffen. Hervorzuheben sind die Vorkommen von Feldsperling und Turmfalke, die auf der Vorwarnliste stehen.

Als Nahrungsgäste wurden Bachstelze, Graureiher, Hohltaube, Mönchgrasmücke, Rotkelchen, Rotmilan, Sperber und Wacholderdrossel festgestellt, als Durchzügler die Rostgans.

Tab. 1: Liste der im Bereich des Untersuchungsgebietes sowie der angrenzenden Gärten vorkommenden Brutvogelarten.

RL BW/D = Rote Liste Bayern/Deutschland: 3 = gefährdet; V = Art der Vorwarnliste; b = besonders geschützt, s = streng geschützt. EZK: Erhaltungszustand: g = günstig, u = ungünstig-unzureichend, s = ungünstig-schlecht. Nistplatztreue (BMU 2011): 0 = keine Ortstreue, 1 = durchschnittliche Ortstreue, 2 = hohe Ortstreue, 3 = hohe Nistplatztreue, 4 = hohe Nesttreue.

Gelb = Offenlandarten

Grau = Gebäude-, Höhlen- und Nischenbrüter

Grün = Freibrüter

Arten Dt. Name	Wiss. Name	Kürzel Abb.	Gefährdung		Schutz		Nistplatztreue
			RL BW	RL D	Bnat Sch G	VS R	
Amsel	<i>Turdus merula</i>	A			b		2
Blaumeise	<i>Cyanistes caeruleus</i>	Bm			b		3
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	Bs			b		2
Elster	<i>Pica pica</i>	E			b		1 bis 2
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>	Fl	3	3	b		meist 2
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	Fe	V	V	b		0 bis 2
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	G	V		b		2
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	K			b		2
Mäusebussard	<i>Buteo buteo</i>	Mb			b,s	A I	2
Misteldrossel	<i>Turdus viscivorus</i>	Md			b		vermutlich 2
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	Rk			b		2
Turmfalke	<i>Falco tinnunculus</i>	Tf	V		b,s		3
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	Zi			b		2



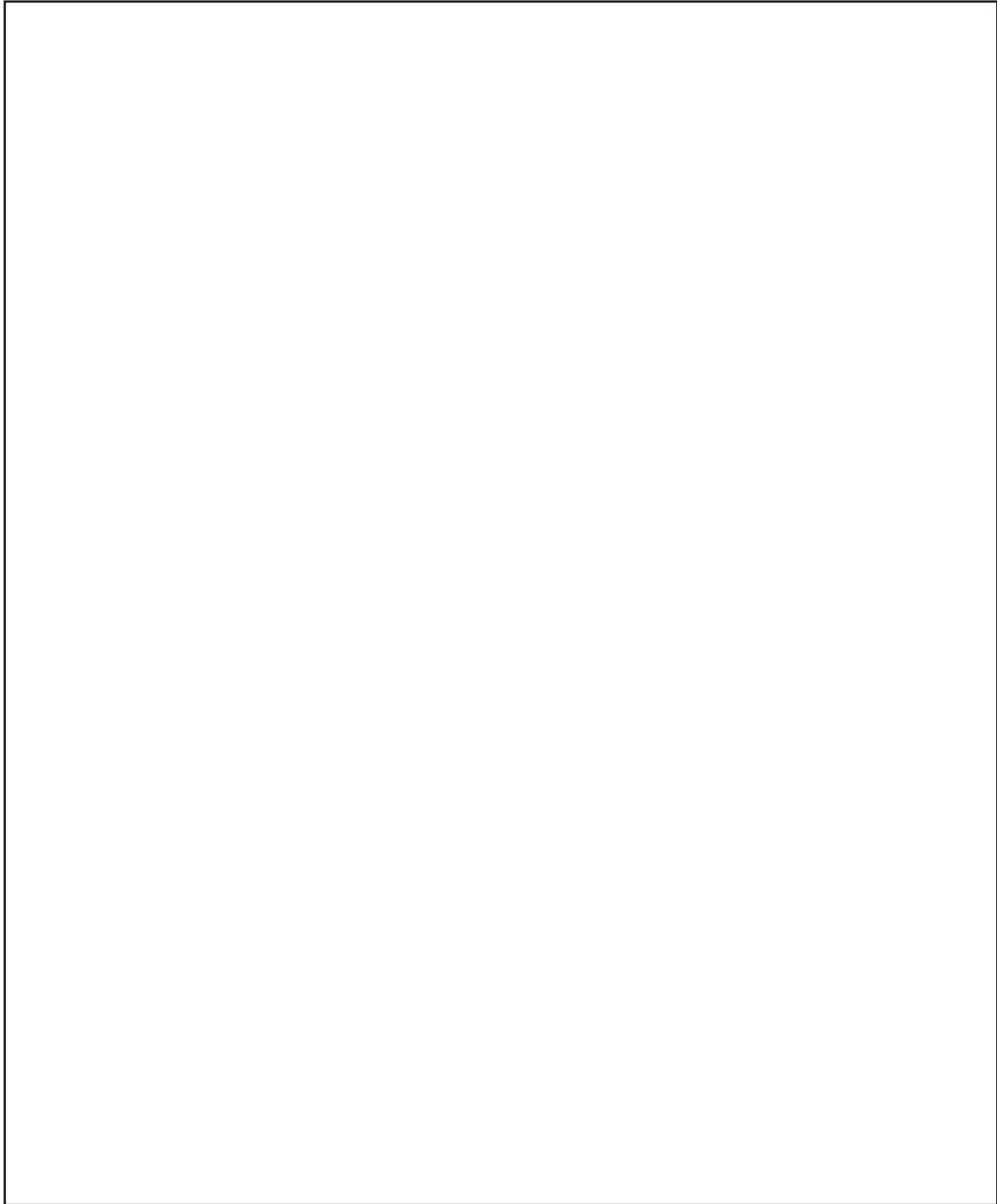


Abb. 2: Brutvögel im Untersuchungsgebiet, Kürzel siehe Tabelle 1 (Luftbild aus bayernviewer.de).  
Gehölzbrüter und Feldlerche Erstbrut: Schwarz; Feldlerche Zweitbrut: Gelb.

## 5 Prognose Feldlerche

### 5.1 Verwendete Unterlagen

Als Grundlage für die Prognose wurden im Wesentlichen zwei Untersuchungen verwendet:  
**Monitoring PV Nellingen (Schuler 2021):**

Bei der Monitoring-Kartierung wurde festgestellt, dass zwei betroffene Brutpaare im Zuge der Vergrämung ihren Brutplatz ins Umfeld verlagerten (s. folgende Abb.).

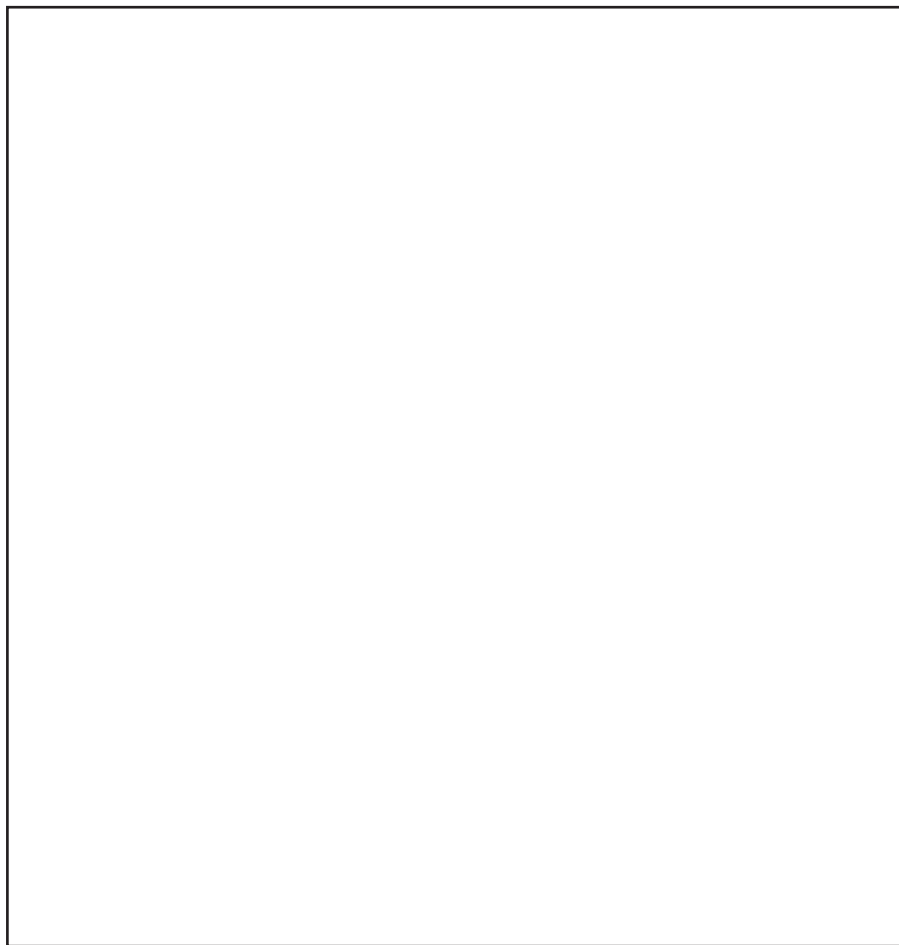


Abb. 3: Ergebnisse Feldlerchen-Monitoring Nellingen (rot Bereiche mit Lerchenfenster)

**Kartierung der Brutvögel und Nahrungsgäste im Bereich der Freiflächen-Photovoltaikanlage Schorndorf im Donaumoos 2021/22 LfU (Bayerisches Landesamt für Umwelt (2022):**

Indirekt werden die obigen Aussagen im Rahmen des Monitorings in Nellingen durch die Ergebnisse von LfU (2022) bestätigt. Die Brutnachweise der Feldlerche sind dort sehr nahe an der PV-Anlage festgestellt worden. Ein Paar brütete möglicherweise sogar im Solarpark, allerdings waren dort noch nicht alle Module montiert (s. folgende Abb.).

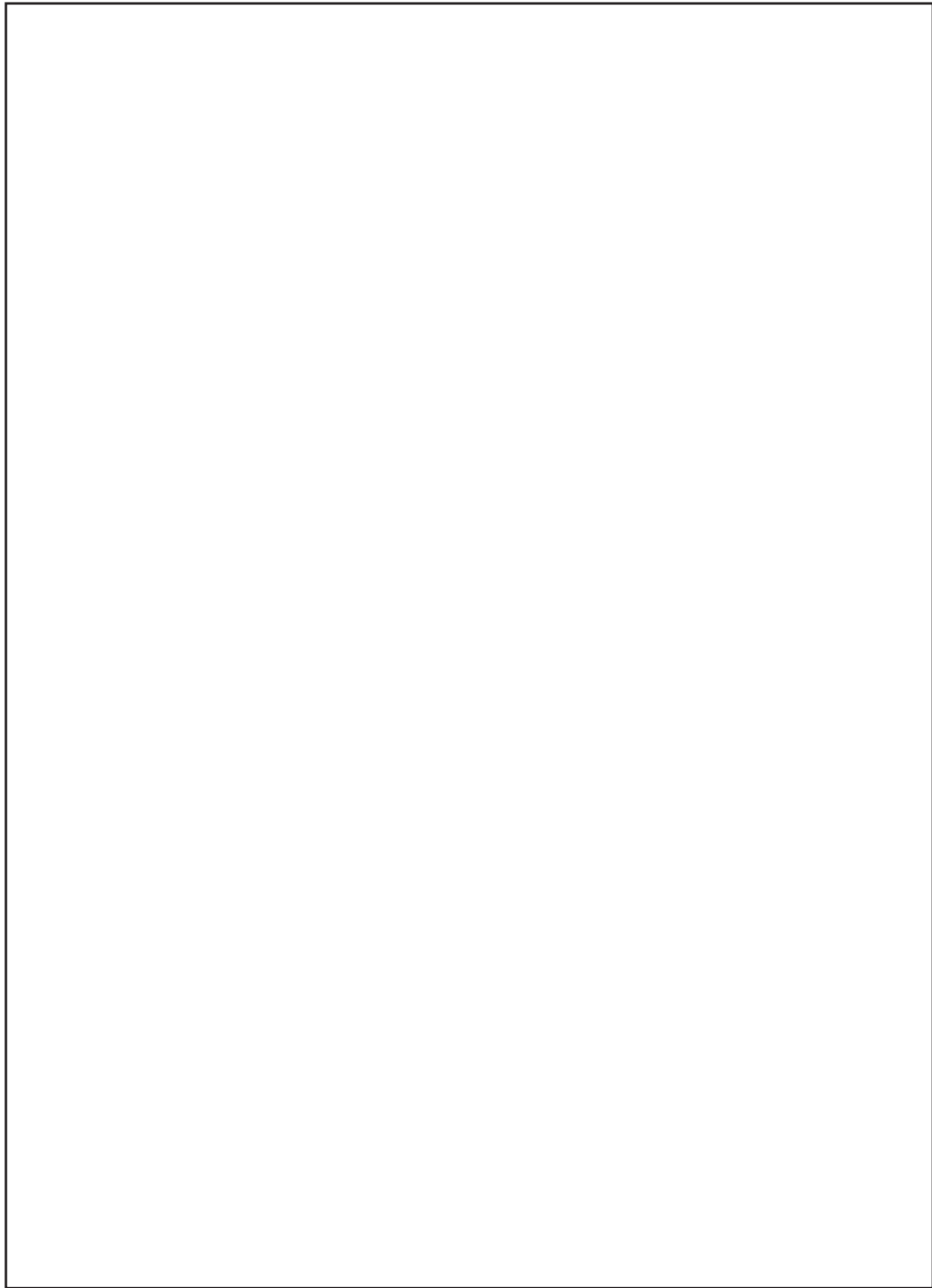
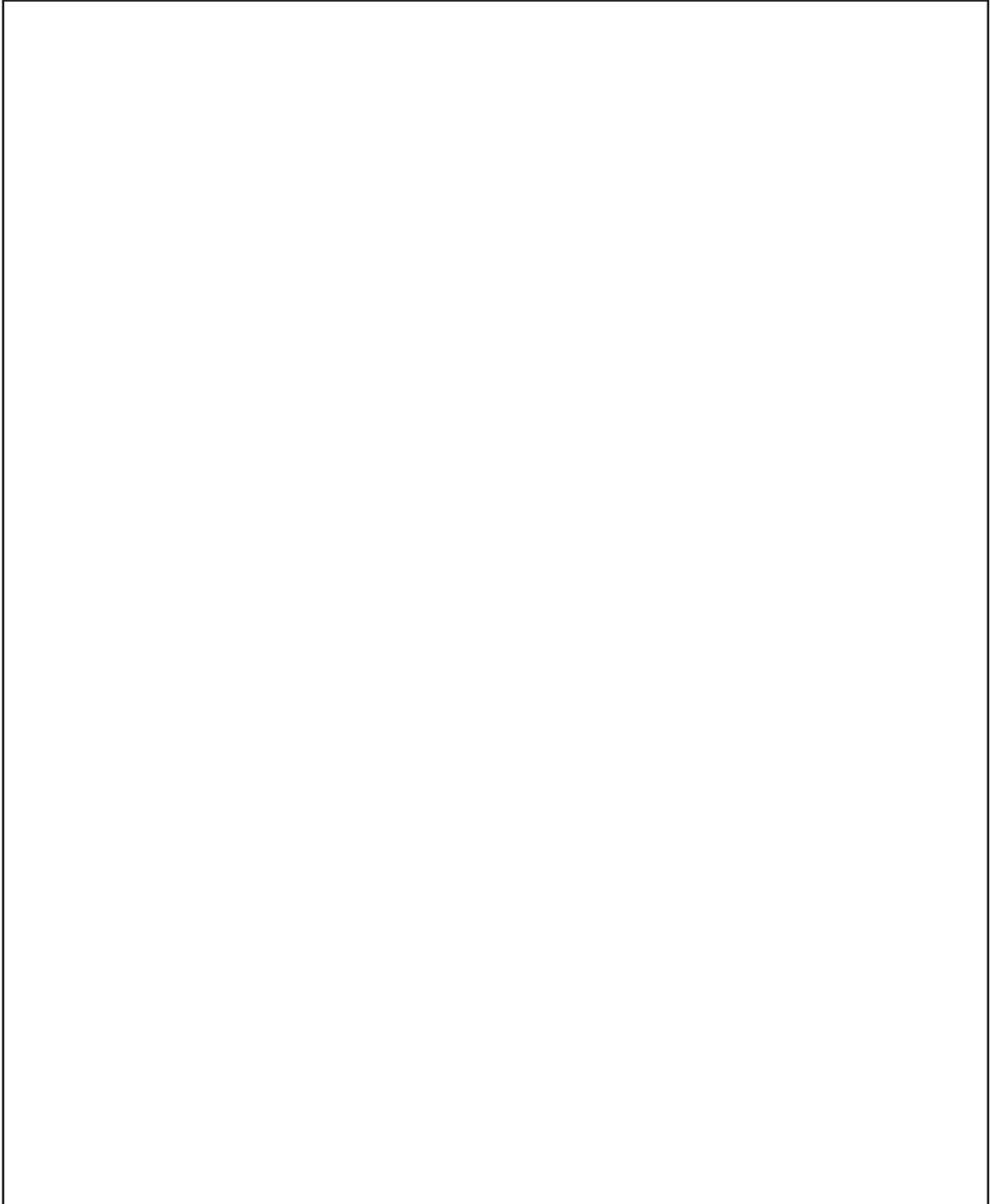


Abb. 4: Ergebnisse Feldlerchen-Kartierung PV-Schornhof (LfU 2022)

## 5.2 Prognose Betroffenheit Feldlerche

Entsprechend den obigen Ausführungen ist für das vorliegende Vorhaben davon auszugehen, dass die zwei Brutpaare nicht betroffen sind, da die Revierzentren mindestens 95m vom Vorhaben entfernt liegen (s. folgende Abb.). Zudem sind noch Ausweichflächen im Umfeld vorhanden.



*Abb. 5: Lage Feldlerchen-Revier und potentielle Ausweichflächen (violett):*

Zudem sind folgende Vermeidungsmaßnahmen vorgesehen:

V1: Baufeldberäumung:

Freiräumen des Baufelds zwischen dem 1.10. und Ende Februar. Bei einer Freiräumung des Baufeldes außerhalb der oben genannten Zeit sind ggf. im Vorgriff Vergrämuungsmaßnahmen einzuleiten und die Flächen regelmäßig auf das Vorhandensein von Vögeln zu kontrollieren. Bei Auffinden von Tieren ist das weitere Vorgehen mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Bei festgestellten Vogelbruten ist je nach Lage des Nestes der Beginn der Arbeiten anzupassen, der Brutplatz auszusparen oder der geplante Arbeitsbereich zu modifizieren.

- V2: Eingrünung

Verzicht auf eine dichte Eingrünung mit Sträuchern und Bäumen. Es sind allenfalls einzelne Strauchgruppen (kleinwüchsige Arten) im Verbund mit Blüh- oder Brachstreifen vorzusehen (Hochstaudenfluren).

Weitere CEF-Maßnahmen außerhalb des Solarparks sind daher nicht notwendig.

## 6 **Verwendete Literatur**

Zaplata M. & Stöfer M. (NABU) 2022: Metakurzstudie zu Solarparks und Vögel des Offenlandes.

Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hrsg.) 2022: Kartierung der Brutvögel und Nahrungsgäste im Bereich der Freiflächen-Photovoltaikanlage Schorndorf im Donaumoos 2021/2022.

(Schuler 2021): Monitoring PV Nellingen.